



Foto: Sammlung Benjamin Guszka, Lübeck/Mitrosenzug - Davidstern, Neumünster 2002, S. 329

Überlebende Juden im Hof der Lübecker Synagoge (vgl. Seite 140)

REZENSIONEN

„Umkämpftes Altona“

Das Erscheinen von Anthony McElligotts Buch *Contested City* war bereits 1993 von der University of Michigan Press angekündigt, doch hatte es noch einen langen Weg vor sich. Die Studie basiert auf erschöpfenden Recherchen in städtischen, staatlichen und nationalen Archiven sowie auf enzyklopädisch umfassender Lektüre von Sekundärliteratur. Seine dicht gewobenen Porträts des Lebens in den innerstädtischen Vierteln und Vororten Altonas illustriert die Spannungen und die Unzufriedenheit urbaner Milieus in der Weimarer Zeit und fügt unserem Verständnis der Instabilität in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg viele neue Details aus lokaler Sicht hinzu.

McElligotts Fokus auf Altona ist besonders willkommen. Wir haben viel zu wenig Kenntnis davon, wie städtische Arbeiter- und Mittelschicht-Viertel auf die scheinbar endlosen Serien ökonomischer und politischer Krisen der Weimarer Zeit reagierten, vor allem außerhalb Berlins. Mit einer Bevölkerung von etwa einer Viertelmillion im Jahr 1927 und „einer Reputation als Stadt der Arbeiterklasse“ (S. 4) galt Altona – zusammen mit seinem riesigen Nachbarn Hamburg – als eines der wichtigsten Kraftzentren

der Sozialdemokratie in Preußen. Unter Verwendung von Wahlstatistiken und politischen Berichten stellt McElligott sowohl den neuen Zentralismus der SPD in kommunalen Verwaltungen nach 1919 als auch das Unbehagen heraus, das dieser bei den städtischen Eliten und der Mittelschicht auslöste. Hatte sie noch kurz zuvor die lokale Politik fest im Griff, fürchteten Konservative und Nationalisten nun eine „kalte Sozialisierung“ in Rathäusern und Stadtverordnetenversammlungen. In Reaktion hierauf führten sie in den zwanziger Jahren eine Reihe energischer Kampagnen gegen die Verwaltung und ihren hoch profilierten SPD-Bürgermeister Max Brauer durch.

Während Stadtfeindlichkeit oft im Zusammenhang mit dem Niedergang der Weimarer Republik und dem Aufstieg des Nationalsozialismus angeführt wird, sind Belege für einen weit verbreiteten Anti-Urbanismus jedoch meist auf die Schriften von Intellektuellen wie Oswald Spengler und Ausbrüche nationalsozialistischer Ideologen – darunter Hitler selbst – beschränkt gewesen. Wie Hein Hoebink es 1990 für die große Rheinland-Reform von 1929 gemacht hat, erforscht auch McElligott die umfas-

senderen sozialen Implikationen der populären Großstadt-Ablehnung durch einen faszinierenden Einblick in den Konflikt um den Plan der Brauer-Administration, in den Mitzwanzigern umliegende Vororte und Landkreise einem Groß-Altona einzuverleiben. Die Geplänkel zwischen den Befürwortern einer Annexion, die ein größeres, geeintes Gemeinwesen suchten, und den Menschen in den Randgebieten, die nicht qua bürokratischer Verfügung Großstadtbewohner werden wollten, zeigen, wie im Streit über Fragen der Urbanisierung im „umkämpften“ Altona weitreichende nationale und politische Schlagworte – Boshewismus, Versailles – verwendet wurden, um das eigene Ziel darzustellen und die Opponenten zu verleumden.

Der Beginn wirtschaftlicher Depression und chronischer Arbeitslosigkeit im Jahr 1929 trieb viele Städte und Orte in Deutschland an den Rand des Bankrotts. Die lokalen Behörden, denen oft sogar das Geld zur Bezahlung ihrer eigenen Beamten fehlte, wurden zusätzlich von wenig verständnisvollen Vertretern des Reiches und Staates bedrängt, die zuallererst ihre eigenen Budgets auszugleichen suchten. *Contested City* leistet einen wichtigen Beitrag, indem die Darstellung hinter diese wohlbekannten Zusammenhänge blickt. Die Bürger Altonas versuchten verzweifelt, den Kopf über Wasser zu behalten, während sie sich immer neuer Versuche der Steuer-

erhöhung erwehren mussten. Das Ende der Weimarer Republik teils als Steuerrevolte großen Stils zu interpretieren, ist nicht neu, aber diese oft evokativen Porträts und Geschichten geben den bislang meist trockenen politischen und wirtschaftlichen Darstellungen menschliche Dimension. McElligott zeigt in überzeugender Weise, wie die mitleidslosen Verwaltungsmitarbeiter die Menschen von republikanischen Institutionen entfremdeten. Die in schlechtem Ruf stehenden Verwaltungsbehörden schwächten die Legitimation der Republik als ganze ebenso gewiss wie die populäre Ablehnung nationaler und staatlicher Einrichtungen. McElligott betont die strukturellen Spannungen zwischen staatlichem Zentrum und lokalen Lebenswelten als kritischen Faktor im Kollaps der Republik.

Die Darstellung vom Aufstieg der Nazis und ihrer frühen Jahre an der Macht ist vertrauter: die außerordentlichen Aktivitäten der NSDAP in den Ortsgruppen, die Spektakel der Partei, mit denen sie vom Hunger nach nationalistischer Zurschaustellung der Weimarer Zeit profitieren wollte, und ihr schlauer Einsatz der Propaganda, um die Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen zu steigern, ferner die bedeutende Rolle männlicher Vertreter des Kleinbürgertums unter den Aktivisten (etwa des Bankangestellten Emil Brix, der nach 1933 Altonas Oberbürger-

meister wurde) sowie die Skrupellosigkeit der Gewalt auf den Straßen, die das politische und soziale Leben der Weimarer Zeit qualitativ veränderte. Das Buch erforscht die Stadtteile Altonas auf überzeugende Weise und stellt die wichtigsten Persönlichkeiten vor. Vor allem in der Beachtung, die es auf von Kommunisten dominierte Viertel legt, liefert es viele neue und erhellende Einsichten, die in ein fein gewobenes Stadtporträt dieser problematischen Jahre münden.

Abgesehen von einigen Fehlern im Text und der bedauerlichen Entscheidung des Verlags, keine Bibliografie aufzunehmen, liefert dieses wichtige Buch einen substanziellen historischen Beitrag zu unserem

Terror über Europa

Die Verfasser legen mit diesem Band bereits ihre zweite gemeinsame Veröffentlichung zu dem Themenkomplex Gestapo vor. Beeindruckte bereits die vorangegangene Sammlung *Die Gestapo. Mythos und Realität* (Darmstadt 1995) durch außergewöhnliche Vielfalt der Beiträge und zahlreiche neue Aspekte der Forschung, so muss für die aktuelle Veröffentlichung festgestellt werden, dass Herausgeber und Autoren erneut ein umfassendes Kompendium zur Geschichte der Gestapo vorgelegt haben, das in der wissenschaftlichen Literatur über den Nationalsozialismus der letzten

Verständnis der Weimarer Republik und der frühen Jahre des „Dritten Reichs“. Und vielleicht noch wichtiger: McElligotts Arbeit unterstreicht die zentrale Bedeutung der Methoden und Perspektiven der Stadtgeschichtsforschung in den größeren Historiografien.

John Bingham

Anthony McElligott, *Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona, 1917–1937*. Ann Arbor: University of Michigan Press 1998. XII, 334 S. (= *Social History, Popular Culture, and Politics in Germany*). Übersetzung des Erstdruckes aus *German Studies Review* (East Lansing, Michigan), Vol. XXIV, No. 1, Februar 2001, S. 212–214. Der Text wurde für diesen Wiederabdruck überarbeitet.

Jahre einen hervorragenden Platz einnimmt. Gerade vor dem Hintergrund der immer noch vorhandenen Gefahren des Rechtsradikalismus und des Rechtsextremismus – nicht nur in der Bundesrepublik –, sondern auch in der dringend notwendigen ideologischen und politischen Auseinandersetzung mit dem von vielen Medien gerne „schön“ und „harmlos“ geredeten Rechtspopulismus in Europa, bei dem es sich vielfach doch nur um rechtes und rechtsextrêmes Gedankengut, wenn auch in anderer „mediengerechter“ Verpackung, handelt, ist dieser Sammelband ein Gewinn.



Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2000. 674 Seiten.

Hier wird auch deutlich, wie spannend und kreativ Geschichte beschrieben und geschrieben werden kann und wie wirklich neue Ideen und Erkenntnisse in der Forschung erarbeitet werden können, und zwar europaweit. Der Leser erhält einen überwältigenden – manchmal nur schwer erträglichen – Einblick in die grauensvolle Tätigkeit der Gestapo in ganz Europa.

Alle Aufsätze überzeugen durch außerordentlich gute Recherche und zahlreiche Quellen- und Literaturhinweise. Sie bewegen sich durchweg auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau und eröffnen

zahlreiche neue Fragestellungen für die Forschung. Besonders gelungen ist in fast allen Beiträgen die Zusammenführung von Ereignis- und Personengeschichte zu einer beachtlichen Qualität von Sozialgeschichte. Die zahlreichen Hinweise zu den handelnden Personen und zu ihren Werdegängen machen deutlich, wie komplex die Entstehungsgeschichte des Nationalsozialismus in Deutschland gesehen werden muss. Gerade diese Aspekte sind aus meiner Sicht für eine Verwendung im Geschichts- und Politikunterricht auch für jüngere Jahrgänge von herausragender Bedeutung und machen das Buch nicht nur für den wissenschaftlich interessierten Leser wertvoll.

Der Sammelband gliedert sich in fünf Kapitel: I. Organisation und Personal, II. Die Gestapo an der „Heimatfront“, III. Die Gestapo im besetzten Europa, IV. Das Ende der Gestapo und V. Ein Resümee. Den breitesten Raum nehmen dabei die Kapitel II und III ein.

Nach einer Einleitung der Herausgeber beschäftigt sich Michael Wildt (*Radikalisierung und Selbstradikalisierung 1939*. S. 11–41) im Schwerpunkt mit den Einsätzen und ersten Massenmorden in Polen 1939. Dabei schildert er eindrucksvoll die ständig zunehmende Brutalisierung der Einsätze von Gestapo, SD, Sipo, Polizei und SS gegen die polnische und jüdische Bevölkerung und deren Auswirkung auf die Entwicklung und das Selbstver-

ständnis im Reichssicherheitshauptamt bzw. auf die handelnden Personen. Zehntausende polnischer und jüdischer Menschen wurden dabei ermordet. Eine Vielzahl von ihnen im Rahmen der – so Wildt – „Völkischen Flurbereinigung“ in Posen und Westpreußen und der gezielten Mordprogramme zur Vernichtung der polnischen Intelligenz. Allein die Zahl der durch den Volksdeutschen Selbstschutz ermordeten Menschen wird auf 20.000 bis 30.000 geschätzt. Auch die sog. Allgemeine Befriedungsaktion (AB-Aktion) unter der Verantwortung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei (BdS) in Krakau, Bruno Streckenbach – ehemaliger Leiter der Gestapo in Hamburg –, forderte 1939/40 Zehntausende von Menschenleben.

Gerhard Paul beschreibt in seinem Beitrag (*„Kämpfende Verwaltung“*. *Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes als Führungsinstanz der Gestapo*. S. 42–81) zunächst sehr präzise die Entwicklung zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA), die ursprünglichen Zielsetzungen, die Organisation und Geschäftsverteilung und die tatsächliche Ausgestaltung, insbesondere der Abt. IV (Gegnerforschung und Gegnerbekämpfung) im Verlauf des Zweiten Weltkriegs.

Am 1. Januar 1944 waren 31.374 Gestapo-Mitarbeiter für die rund 200 Millionen Menschen im deutschen Machtbereich zuständig. Etwa 75 % von ihnen waren außer-

halb des Reichsgebietes von 1937 im Einsatz. Im Verlauf des Kriegs radikalisierte und brutalisierte sich die Terrorherrschaft der Gestapo immer mehr, besonders im Rahmen der Einsatzgruppen und des Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung, organisiert und geleitet durch das „Judenreferat“ (IV B 4) unter Adolf Eichmann. Der „Gegnerbegriff“ wurde immer exzessiver ausgelegt und im Rahmen der „Sonderbehandlung“ in Mordtaten umgesetzt. Gab es im „Altreich“ noch Begrenzungen, so war die „Sonderbehandlung“ in den besetzten Gebieten Europas bald das gängige Verfahren der staatspolizeilichen Massenmorde. Gegen Ende des Kriegs fielen aber auch hier die letzten Grenzen, als Kaltenbrunner als Chef des RSHA die Delegation der Anordnung von „Sonderbehandlung“ auf die regionalen und örtlichen Dienststellen verlagerte. Mit der Selbstauflösung des Amtes und der Flucht von großen Teilen in die „Alpenfestung“ und die „Festung Nord“ (Schleswig-Holstein) endete die Tätigkeit kurz vor Kriegsende. Ein Verfahren gegen das RSHA hat es nie gegeben, es wurde 1968 „durch die Hintertür“ eingestellt (S. 81, Anm. 140).

Jens Banach (*Heydrichs Vertreter im Feld. Die Inspektoren, Kommandeure und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD*. S. 82–99) gibt einen konzentrierten Überblick und zahlreiche interessante und neue Informationen zum

Thema. So wurde die überwiegende Mehrheit nach 1900 geboren, stammte aus den „staatstragenden“ Schichten des Kaiserreichs, verfügte über höhere und hohe Bildungsabschlüsse und war relativ früh Nationalsozialist geworden. Im Durchschnitt waren sie bei der Machtergreifung 30 Jahre alt. Von den insgesamt 59 Inspektoren waren 18 hauptberufliche Polizeibeamte, davon mindestens zehn bereits vor 1933. Auffallend ist der große Anteil von Personen (sechs), die bei der Politischen Polizei in Bayern erste Erfahrungen gemacht hatten (in Preußen lediglich vier, einer in Bremen). Die größte Gruppe bildeten die Juristen (insgesamt 45 der Jahrgänge 1903–1911). Besonders wertvoll sind die zahlreichen Angaben zu den Personen.

„Vom Vorurteil zum Völkermord führt kein gradliniger Weg.“ Ein Zitat aus dem Aufsatz von Jürgen Matthäus („*Warum wird über das Judentum geschult?*“ *Die ideologische Vorbereitung der deutschen Polizei auf den Holocaust*. S. 100–124, Zitat S. 101), das bereits die Komplexität seines Beitrags deutlich macht. Während Gestapo, SD und Kriminalpolizei im wesentlichen strukturell und ideologisch als gefestigt galten, bestanden größere Probleme offenbar bei der Schutzpolizei und der Gendarmerie, bei denen man auf längerfristige Erkenntnis- und Überzeugungsprozesse setzte, so Daluëge 1937. Die weltanschaulichen Schulungen

waren Teil des „Rahmen für die Sozialisierung von Serienmördern, ohne den sich der Vollzug der „Endlösung“ nicht denken lässt.“ (S. 124).

Das II. Kapitel über die Gestapo an der Heimatfront wird eingeleitet von einem Beitrag von Johannes Tuchel (*Registrierung, Mißhandlung und Exekution. Die „Politischen Abteilungen“ in den Konzentrationslagern*. S. 127–140). In der Regel handelte es sich bei den Leitern der „Politischen Abteilungen“ um Abgeordnete Kriminal- bzw. Staatspolizeibeamte, die aber in das System der Konzentrationslager voll integriert waren. Angehörige der „Politischen Abteilung“ waren in allen Konzentrationslagern an den Massenmorden beteiligt, in Auschwitz-Birkenau auch an den Selektionen auf der „Rampe“. Eine umfassende Aufarbeitung des Themas hat bis heute nicht stattgefunden. Mit diesem Aufsatz hat Tuchel eine breite Grundlage für weitere Forschungen gegeben.

Im Mittelpunkt des Beitrags von Hans-Dieter Schmid („*Finanztod*“ *Die Zusammenarbeit von Gestapo und Finanzverwaltung bei der Ausplünderung der Juden in Deutschland*. S. 141–154) steht die enge Zusammenarbeit beider Einrichtungen. Grundlage war zunächst die 1931 eingeführte „Reichfluchtsteuer“ für Auswanderer. Sie wurde nach 1933 rasch verschärft bzw. durch neue Gesetze ergänzt. Die Zusammenarbeit von Gestapo und

Finanzverwaltung wurde nach 1935 immer intensiver und detaillierter. Die in den Osten deportierten jüdischen Menschen durften lediglich 100 RM und 50 kg Gepäck je Person behalten, alle anderen Werte wurden ihnen geraubt. Selbst die Kosten ihrer eigenen Deportation mussten die Menschen, zum Teil unmittelbar vor dem Abtransport, selber bezahlen. Mit der Einrichtung des Sonderkontos „W“ – auf das erzwungene „Spenden“ an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingezahlt werden konnten und auf das die Gestapo Zugriff hatte – und des „Heimeinkaufvertrags H“ – der „auf Lebenszeit Heimunterkunft und Verpflegung“ in Theresienstadt garantierte, der höchste bisher bekannte Einzelbetrag betrug 500.000 RM –, gelang es der Gestapo, erhebliche Beträge dem Zugriff der Finanzverwaltung zu entziehen. Der geschätzte Gesamtbetrag der Verträge soll zwischen 300 und 400 Millionen RM gelegen haben.

Holger Berschel beschreibt in seinem Beitrag (*Polizeiroutiniers und Judenverfolgung. Die Bearbeitung von „Judenangelegenheiten“ bei der Stapo-Leitstelle Düsseldorf*. S. 155–178) die Zusammenarbeit auf der regionalen und lokalen Ebene. Er zeigt, dass der überwiegende Teil der „Judensachbearbeiter“ bereits in der Weimarer Republik als Polizeibeamte tätig waren, die dann in den 30er Jahren zur Gestapo versetzt wurden. Der Leiter des Düs-

seldorfer „Judenreferats“ Humpert war überzeugter Katholik, der sich weigerte, der SS beizutreten, aus der Kirche auszutreten und enge Kontakte zu seinem Bruder – einem Mönch – pflegte. Seinen Anträgen auf Versetzung wurde nicht gefolgt. Berschel schildert eindrucksvoll die „gleichgültige, formal korrekte Exekution der vorhandenen Gesetze und Erlasse“, also das Funktionieren der staatlichen Instanzen und ihre Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Einrichtungen bei der „Endlösung“ auf der örtlichen Ebene.

Alfons Kenkmann (*Störfaktor an der „Heimatfront“*. *Jugendliche Nonkonformität und die Gestapo*. S. 179–200) schildert das Vorgehen der Gestapo gegen alle Versuche junger Menschen, sich dem Nationalsozialismus zu entziehen (Bündische Jugend, ehemaliger KJVD, Edelweißpiraten). So wurden bei einer Großaktion gegen Edelweißpiraten im Regierungsbezirk Düsseldorf am 7. Dezember 1942 allein 739 Jugendliche aus 28 Gruppen verhaftet.

Interessante Einblicke in die Persönlichkeit der Gestapo-Beamten vermittelt der von Kenkmann unternommene „Versuch einer Typisierung der staatspolizeilichen Ermittler“. Neben dem Kriminalbeamten der Weimarer Republik, der im Dienst blieb, standen die „alten Kämpfer“ – in der Regel ohne jede kriminalistische Ausbildung – und ab der zweiten Hälfte des „Dritten

Reichs“ die „jungen Technokraten“ mit einem entsprechenden Karrierebestreben.

Reinhard Otto (*Die Gestapo und die sowjetischen Kriegsgefangenen. Das Beispiel der Stapo-Stelle Nürnberg-Fürth*. S. 201–221) beschreibt, ausgehend vom Schicksal eines jungen Artillerie-Leutnants der Roten Armee Jurij Bobowin (der am 3. Juli 1941 in deutsche Gefangenschaft geriet, in das Offizierslager Hammelburg transportiert und von dort am 20. September 1941 in das KZ Dachau gebracht, wo er sich im Hof des Arrestgebäudes – mit ca. 60 weiteren Offizieren – entkleiden musste, an einen Pfahl gebunden und erschossen wurde) die Tätigkeit von örtlichen Gestapobeamten bei der Ermordung sowjetischer Offiziere im Rahmen des Einsatzbefehls Nr. 9 vom 21. Juli 1941, herausgegeben vom Chef der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich, der die „Aussonderung“ und „Sonderbehandlung“ von als weltanschaulich gefährlichen Offizieren der Roten Armee beschrieb. Ziel war die „Aussonderung“ aller ehemaligen Funktionsträger in Partei und Verwaltung der Sowjetunion, der Kommissare der Roten Armee, der Intelligenzler, Juden sowie der sogenannten fanatischen Kommunisten. Nach Anweisung des RSHA sollten diese Personen in dem nächstgelegenen KZ „unauffällig“ exekutiert werden. Entsprechende Einsatzkommandos stellte auch die

Stapo-Stelle Nürnberg-Fürth auf. Drei Nürnberger und ein Würzburger Beamter wurden z. B. in das Offizierslager Hammelburg in Unterfranken geschickt, um diese Aufgabe zu erfüllen. Die Kriterien waren willkürlich: So galt als Kriterium für die Einstufung als Jude eine Beschneidung, in anderen Fällen reichte die Berufsangabe „Postschaffner“ bzw. der Besuch einer zehnjährigen Schule oder – wie bei Bobowin – die Angabe „Schüler“ für den Abtransport ins KZ und die Ermordung aus. Bis Mai 1942 hatten die Beamten insgesamt ca. 1.100 Offiziere und 1.700 Unteroffiziere „ausgesondert“ und zur „Sonderbehandlung“ ins KZ Dachau geschickt, ca. 13 % aller Kriegsgefangenen. Insgesamt gehen die Schätzungen von mindestens 40.000 ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen bis zum 31. Juli 1942 aus.

Andreas Heusler (*Prävention durch Terror. Die Gestapo und die Kontrolle der ausländischen Zwangsarbeiter am Beispiel Münchens*. S. 222–236) dokumentiert die Tätigkeit der Münchener Gestapo bei der Überwachung der Zwangsarbeiter in und um München. Mit dem Einsatz brutalster Mittel (Polizeihaft, Prügelstrafe, Hinrichtungen) versuchten die Beamten die Kontrolle über die zahlreichen ausländischen Zwangsarbeiter aufrecht zu erhalten. „Schutzhaft“ und „Sonderbehandlung“ wurden gerade bei Menschen aus dem Osten, die ohnehin als „fremdvölkisch und

rassisch minderwertig“ galten, in größerer Zahl verhängt. Die ersten Hinrichtungen polnischer Landarbeiter fanden bereits 1940 statt.

Gerhard Wysocki (*Lizenz zum Töten. Die ‚Sonderbehandlungs‘-Praxis der Stapo-Stelle Braunschweig*. S. 237–254) schildert die Umsetzung der Weisung von Reinhard Heydrich an die Stapo-Stellen vom 3. September 1939 zum Vorgehen gegen alle Personen, die die „Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes [...] zersetzen“. Die „brutale Liquidierung solcher Elemente“, so Heydrich, sei dabei anzuwenden. Damit konnte die Gestapo mit Kriegsbeginn in eigener Zuständigkeit jede Strafe – einschließlich der Todesstrafe – nicht nur verhängen, sondern auch vollstrecken. Auch die Anweisungen Görings vom 8. März 1940 zum Arbeitseinsatz der polnischen Bevölkerung enthielten ausdrücklich den Hinweis auf eine „Sonderbehandlung“ bei Arbeitsverweigerung, „renitentem Verhalten“ usw. In der Regel wurden die Hinrichtungen am Tatort durch Erhängen und vor Zuschauern zur Abschreckung durchgeführt (siehe auch der Beitrag von Heusler).

In seinem Beitrag verweist Wysocki auch auf andere Mordaktionen der Gestapo, die zum Teil ungeplant verliefen, etwa „auf der Flucht erschossen“, oder durch den Einsatz von schwerkranken Menschen in besonderen Arbeitskommandos bzw. auf die Ermordung

jüdischer Menschen noch vor ihrem Abtransport in ein Vernichtungslager. Ab Mitte 1943 begannen die „Sonderlageraktionen“ des RSHA, bei denen polnische und sowjetische Arbeiter als „Geistesranke“ eingestuft und in den Heil- und Pflegeanstalten ermordet wurden.

Gabriele Lotfi (*Stätten des Terrors. Die ‚Arbeitserziehungslager‘ der Gestapo*. S. 255–269) schildert die bisher von der Forschung nur wenig beachteten Arbeitserziehungslager (AEL) im Rahmen der Terrorstrukturen des „Dritten Reichs“. Mindestens 500.000 Frauen und Männer wurden Häftlinge in den ca. 200 Arbeitserziehungslagern der Gestapo, dazu kamen noch betriebliche und kommunale Erziehungslager.

Die Arbeitserziehungslager waren eine offensichtlich „improvisierte“ Einrichtung, die Himmler ausdrücklich nur für die Dauer des Kriegs akzeptierte und die vor allem auf lokaler Ebene die Arbeit der Gestapo bestimmen sollte. Die Haftdauer war zunächst auf der Basis der vorläufigen Festnahme oder Schutzhaft begrenzt, die örtliche Stapo-Stellen – ohne Zustimmung des RSHA – für 21 Tage verhängen konnten. Im Laufe relativ kurzer Zeit verfügte fast jede Stapo-Stelle im Reich über ein Arbeitserziehungslager; die AEL waren – so Lotfi – neben der Justiz und den Konzentrationslagern die „dritte eigene Repressionsebene der Sicherheitspolizei“.

Klaus-Michael Mallmann (*Brüderlein & Co. Die Gestapo und der kommunistische Widerstand in der Kriegsendphase*. S. 270–287) beschäftigt sich mit dem Einsatz von sog. V-Leuten gegen den kommunistischen Widerstand im „Dritten Reich“, einem ebenfalls bisher wenig beachteten Thema. Mallmann zeigt, dass die Gestapo während des Kriegs zeitweise kaum Informationen über den kommunistischen Widerstand besaß und manchmal nur durch Zufälle – in Verbindung mit dann brutalsten Vernehmungsmethoden – entsprechende Organisationen und Verbindungen aufdecken konnte, so z.B. den Versuch des Aufbaus einer neuen KPD-Reichsleitung 1942/43 aufgrund der Anzeige eines Hitler-Jungen in Düsseldorf über entsprechende Aktivitäten seines Vaters. Am Beispiel u.a. der ehemaligen kommunistischen Funktionäre Kurt Sindermann für Dresden (Bruder des späteren Mitglieds des Politbüros der SED Horst Sindermann) und Alfons Pannek für Hamburg zeigt Mallmann, wie die Einschleusung in kommunistische Widerstandsgruppen gelang.

Mit dem Beitrag von Klaus-Michael Mallmann (*Menschenjagd und Massenmord. Das neue Instrument der Einsatzgruppen und -kommandos 1938–1945*. S. 291–316) beginnt das III. Kapitel des Buches über „Die Gestapo im besetzten Europa“. Den ersten Einsätzen von Einsatzgruppen bei der Besetzung

Österreichs, des Sudetenlandes und der sog. Rest-Tschechei folgte – so Mallmann – mit dem Überfall auf Polen 1939 „Die neue Dimension des Terrors“. Heydrichs Anweisung „Aufgabe der sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos ist die Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente in Feindesland rückwärts der kämpfenden Truppe“ bot nun alle Möglichkeiten von Terror und Willkür bis zum Massen- und Völkermord. Schon im Mai 1939 wurde durch den SD mit den Arbeiten an einem Sonderfahndungsbuch begonnen, das 61.000 Namen – vor allem der polnischen Intelligenz und der „im Rahmen der Volkstumsauseinandersetzung hervorgetretenen Polen“ – umfasste.

Präzise lässt sich der genaue Beginn der zielgerichteten Massenmorde bis heute noch nicht feststellen, vermutlich lag er in der zweiten Hälfte des September 1939. Ganz anders ausgerichtet war das Vorgehen der Einsatzgruppen beim Angriff im Westen (Belgien, Niederlande, Frankreich) und Norden (Dänemark, Norwegen) 1940. Ausdrücklich wurde von Heydrich diesmal bestimmt: „Alle Angehörigen des Einsatzes sind verpflichtet, jederzeit und in jeder Lage, besonders der einheimischen Bevölkerung gegenüber, sich völlig einwandfrei und zurückhaltend zu verhalten.“

Ganz anders das Vorgehen 1941, zunächst im April beim An-

griff auf Jugoslawien und Griechenland und dann beim Überfall auf die Sowjetunion im Juni, als von Anfang an Massenmord und Weltanschauungskrieg zur täglichen Praxis wurden. Präzise beschreibt Mallmann die Aktionen der Einsatzgruppen und bietet damit eine sehr gelungene und konzentrierte kurze Geschichte unter Einbeziehung auch der aktuellen Forschungslage. Dabei geht er auch kurz auf das Einsatzkommando für Nordafrika ein sowie auf die Ausdehnung der Einsätze auf den Balkan und in Mitteleuropa in den Jahren 1943/44. Dazu gehören u.a. Einsätze in Kroatien, Slowenien, Ungarn, Rumänien, der Slowakei, an der Westfront und bei der Ardennenoffensive.

Oldrich Sládek (*Standrecht und Standgericht. Die Gestapo in Böhmen und Mähren*. S. 317–339) beschäftigt sich umfassend mit der Gestapo von den Vorbereitungen 1938 bis zum Ende im Mai 1945. Bereits im Juni 1938 begannen umfassende Sammlungen von möglichen „Staatsfeinden“ durch die Gestapo als Grundlage für die Einsatzgruppen. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Tätigkeit der Gestapo mit der Vertreibung der tschechischen Bevölkerung aus dem Sudetenland im Herbst 1938. Die Zahl der Verhafteten wird auf 10.000 bis 20.000 Menschen geschätzt. Einsatzgruppen der Gestapo übernahmen auch die ersten Verhaftungen nach dem Einmarsch

in die „Rest-Tschechei“ im März 1939. Hier liegen die Zahlen bei 5.800 bis 6.400 Festnahmen. Am 1. September 1939 begann die vorbeugende Verhaftung von ca. 2.000 Tschechen im Rahmen der „Aktion Albrecht I“. Sie wurden sofort in die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau eingeliefert. Auf den Protest der tschechischen Bevölkerung anlässlich des Jahrestags der Gründung der CSR am 28. Oktober reagierten die Nationalsozialisten mit brutalem Terror. Zahlreiche Studenten (ca. 1.200) wurden im Rahmen einer von Hitler angeordneten Vergeltungsaktion verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Neun Funktionäre der Studentenbewegung wurden am 17. November 1939 zur Abschreckung der Bevölkerung erschossen. Der Widerstand wuchs aber weiter an. Mit dem Eintreffen des zum stellvertretenden Reichsprotektor ernannten Chefs des RSHA Reinhard Heydrich in Prag begann am 27. September 1941 sofort eine neue Welle des nationalsozialistischen Terrors. In deren Verlauf wurden u.a. polizeiliche Standgerichte geschaffen, die allein in der Zeit vom 28. September 1941 bis zum 20. Januar 1942 mindestens 486 Menschen zum Tode und 2.242 zur Einlieferung in die Konzentrationslager verurteilten. 1.585 Menschen wurden im direkten Zusammenhang mit dem Attentat auf Reinhard Heydrich (27. Mai 1942) durch die National-

sozialisten ermordet. Insgesamt wird die Zahl der Opfer unter Einbeziehung von 3.000 ermordeten jüdischen Menschen und der Morde in den Konzentrationslagern auf mehr als 5.000 geschätzt. Gegen Kriegsende steigerte sich der Terror weiter; so liegt allein die Zahl der Opfer bei den Todesmärschen auf tschechischem Gebiet vermutlich bei über 5.500.

Michael Foedrowitz (*Auf der Suche nach einer besatzungspolitischen Konzeption. Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement*. S. 340–361) gibt eine informative und übersichtliche Darstellung über die Organisation und den grauenvollen Terror im Generalgouvernement von 1939 bis 1944/45. Die Zahl der eingesetzten deutschen Angehörigen der Sipo und des SD wird von Foedrowitz auf ca. 5.000 geschätzt.

Mit Bruno Streckenbach und Dr. Walter Bierkamp waren u.a. zwei ehemalige Leiter der Gestapo bzw. der Kripo-Leitstelle in Hamburg BdS in Krakau. Eindrucksvoll zeigt der Autor die Unterschiede bei der Unterdrückung der polnischen Bevölkerung zwischen den deutschen und den sowjetischen Organisationen. Während der NKWD sehr genau wusste, wie der Erfolg einer Besatzung gesichert werden konnte, z.B. durch die Zusammenarbeit mit Teilen der Bevölkerung oder mit nationalen Minderheiten bzw. durch die Gründung eigener Widerstands-

gruppen zur Unterwanderung des eigentlichen polnischen Widerstandes, war auf der deutschen Seite ein Zuständigkeitschaos in Verbindung mit Inkompetenz, einer sehr geringen personellen Stärke und anderen Fehlern festzustellen. So bestand z.B. ein Verbot, die polnische Sprache zu erlernen. Identisch war bei NKWD und Sipo die Zielsetzung der Zerschlagung der polnischen Intelligenz als Träger eines möglichen Widerstandes. Der deutsche Terror – u.a. durch den SSPF Lublin, Odilo Globocnik, z.B. im Zusammenhang mit der „Germanisierung“ der Region um Lublin – führte zu einer deutlichen Stärkung des polnischen Widerstandes. Versuche, eine „antibolschewistische“ Zusammenarbeit mit Teilen der Heimatarmee zu erreichen, waren vor diesem Hintergrund – mit Ausnahmen z.B. Ende 1944/Anfang 1945 im Distrikt Krakau – zum Scheitern verurteilt.

Bernd Kasten (*Zwischen Pragmatismus und exzessiver Gewalt. Die Gestapo in Frankreich 1940–1944*. S. 362–382) gibt eine kompakte Übersicht über die Tätigkeit der Gestapo in Frankreich unter der deutschen Besatzung. Nach den Erfahrungen mit der brutalen und rücksichtslosen Unterdrückung im besetzten Polen durch SS, Polizei, Gestapo und andere versuchte die Wehrmacht in Frankreich zunächst die Kontrolle über die polizeiliche Exekutive zu behalten. In der Anfangsphase arbeitete die Sicher-

heitspolizei sehr eng mit der französischen Polizei bei der Unterdrückung des kommunistischen Widerstands zusammen. Ausgehend von dieser – auch aus Sicht der Wehrmacht erfolgreichen – Arbeit gelang es dem BdS, seinen Einfluss ständig auszuweiten. Nach der Besetzung Südfrankreichs und der Einführung des Zwangsarbeitsdienstes stieg der französische Widerstand an. Die aus dem Osten nach Frankreich abkommandierten regionalen Kommandeure der Sicherheitspolizei wandten in der Regel bei der Unterdrückung die von ihnen an der Ostfront praktizierten brutalen Methoden an und schürten so häufig nur den Widerstand.

Über die Tätigkeit von Sicherheitspolizei und SD in den Niederlanden berichtet Guus Meershoek (*Machtentfaltung und Scheitern. Sicherheitspolizei und SD in den Niederlanden*. S. 383–402). Zu den wesentlichen Erkenntnissen seines Beitrags gehört die – nach den Kriterien von SD und Sipo – erfolgreiche Arbeit in den ersten drei Jahren der deutschen Besatzung, die vor allem auf eine starke Zentralisierung des Apparates und eine intensive Zusammenarbeit mit der niederländischen Polizei setzte. Nachdem sich diese allerdings zunehmend zurückzog, wurde es für SD und Sipo immer schwieriger, in einem fremden Land die Kontrolle zu behalten, auch wenn die Führer immer radikalere Methoden anwandten. Ohne die massive Unter-

stützung der niederländischen Polizei, vor allem in Amsterdam und Den Haag, wären die Massendeportationen der niederländischen Juden 1942 und 1943 nicht durchführbar gewesen. Als sich hier – auch bei den Polizeibeamten – verstärkter Widerstand zeigte, waren die meisten niederländischen Juden bereits in die Vernichtungslager abtransportiert worden.

In einem sehr kenntnisreichen und breit angelegten Beitrag befasst sich Claudia Steuer mit den „Judenberatern“ in Europa (*Eichmanns Emissäre. Die „Judenberater“ in Hitlers Europa*. S. 403–436). Die „Berater für Judenfragen“ – der Begriff wurde erstmals im August 1940 verwendet – unterstanden dem von Eichmann geleiteten Judenreferat im RSHA und wurden ab September 1940 im europäischen Ausland eingesetzt, zunächst mit dem Ziel, die Juden zu isolieren und zu internieren. Seit 1942 gehörte auch die Deportation in die Vernichtungslager zu den Aufgaben. Detailliert und präzise schildert Steuer die Tätigkeit in den einzelnen Ländern (Slowakei, Frankreich, Belgien, Niederlande, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Italien und Ungarn) und geht dabei ausführlich auf die einzelnen Personen ein.

Klaus-Michael Mallmann (*Die Türöffner der ‚Endlösung‘. Zur Genesis des Genozids*. S. 437–480) leistet einmal mehr einen beachtenswerten Beitrag, in dem er sich intensiv mit der Frage beschäftigt,

„wie ein sich über fast ganz Europa erstreckender Völkermord aufgelöst und gesteuert werden kann“. Mallmann widerspricht zunächst der Existenz eines sog. Endlösungsbefehls, wie er lange Jahre – u.a. vom langjährigen Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, Helmut Krausnick – behauptet wurde. Nach Auffassung Mallmanns ist Ausgangspunkt der Morde die Weisung Hitlers vom 3. März 1941, nach der „die jüdisch-bolschewistische Intelligenz“ „beseitigt“ werden müsse. In enger Verbindung dazu steht die Anweisung Heydrichs vom 2. Juli 1941, die zunächst die Morde auf „Juden in Partei- und Staatsstellungen“ begrenzte. Auf der örtlichen Ebene spielten u.a. die Gleichsetzung Juden = Partisanen eine besondere Rolle. Immer wieder forderte die Wehrmacht von der Sicherheitspolizei vorbeugende Maßnahmen, d.h. die Massenerschießungen jüdischer Männer zur Abschreckung, die dann auch sofort durchgeführt wurden. Persönliche Besuche von Himmler, Heydrich und Daluge vor Ort und die Vorlage der Einsatzmeldungen bei Hitler (seit August 1941) trugen ebenfalls zur Ausweitung der Massenmorde bei, von denen auch Frauen und Kinder bald nicht mehr verschont wurden. Ausführlich geht Mallmann in seinem Beitrag auch auf einzelne Angehörige der Einsatzkommandos und ihren dienstlichen und persönlichen Werdegang ein.

Am Beispiel des Einsatzkommandos 3 und des „Rollkommandos Hamann“ beschreibt Knut Stang die Praxis des Massenmordes in Litauen (*Kollaboration und Völkermord. Das Rollkommando Hamann und die Vernichtung der litauischen Juden*. S. 464–480). Das „Rollkommando Hamann“ setzte sich zu einem erheblichen Teil aus ehemaligen litauischen Partisanen zusammen, die bereits seit Ende Juni 1941 an zahlreichen Massenmorden an der jüdischen Bevölkerung beteiligt gewesen waren. Die Einheit war motorisiert und verübte – jeweils mit Unterstützung der litauischen Polizei und Hilfspolizei – zahlreiche Morde vor allem in den ländlichen Gebieten Litauens.

Andrej Angrick (*Im Windschatten der 11. Armee. Die Einsatzgruppe D*. S. 481–502) gibt eine Übersicht über die Mordaktionen dieser Einsatzgruppe an der Südfront. Der rumänische Diktator Antonescu hatte – vor allem nach dem gescheiterten Putschversuch der „Eisernen Garde“ im Januar 1941 – ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber SD, SS und Polizei. Es gestaltete sich vor diesem Hintergrund als schwierig, eine Einsatzgruppe auch von zunächst rumänischem Territorium aus einzusetzen. Zwar war die Einsatzgruppe auch auf dem rumänischen Interessengebiet an zahlreichen Morden beteiligt, aber mit dem Überschreiten des Bug im Gefolge der 11. Armee konnte sie – nun ohne jede Rücksicht auf rumä-

nische Interessen – ihren Mordauftrag voll ausführen. Mit dem Rückzug aus dem Kaukasus im Januar 1943 wurde die Einsatzgruppe praktisch aufgelöst. Der größte Teil der Täter wurde gerichtlich nicht zur Verantwortung gezogen.

In seinem zweiten Beitrag schildert Klaus-Michael Mallmann Aspekte des „Bandenkampfes“ in den besetzten Gebieten der Sowjetunion (*„Aufgeräumt und abgebrannt“. Sicherheitspolizei und „Bandenkampf“ in der besetzten Sowjetunion*. S. 503–520). Ausgehend von allgemeinen Erläuterungen zur Entwicklung des Partisanentums an der Ostfront und den immer brutaleren Anweisungen zu seiner Bekämpfung durch die Wehrmacht, schildert Mallmann ausführlicher einzelne Einsätze im Rahmen des sog. Bandenkampfes, der tatsächlich nichts anderes war als ein Massenmord an großen Teilen der Bevölkerung.

Carlo Gentile und Lutz Klinkhammer beschreiben in ihrem Beitrag (*Gegen die Verbündeten von einst. Die Gestapo in Italien*. S. 521–540) die Tätigkeit der Gestapo in Italien vor allem in den Jahren 1943–1945. Besondere Schwerpunkte setzen sie dabei auf die Maßnahmen der Judenverfolgung in den von Deutschen besetzten Teilen seit 1943, die Repressionsmaßnahmen von 1943 bis 1945 und die „Sühnemaßnahmen“ in der Endphase des Kriegs.

Kapitel IV des Sammelbandes – „Das Ende der Gestapo“ über-

schrieben – beginnt mit einem Beitrag von Gerhard Paul (*„Diese Erschießungen haben mich innerlich gar nicht mehr berührt.“ Die Kriegsendphase der Gestapo 1944/45*. S. 543–568). Der Verfasser schätzt die Zahl der von der Gestapo gegen Ende des Kriegs ermordeten Menschen auf mehr als zehntausend. Die ersten Mordaktionen in diesem Zusammenhang sind, so Paul, bereits seit dem Herbst 1944 durchgeführt worden, hier vor allem im Westen. Belegt sind u.a. entsprechende „Exekutionskommandos“ für Dortmund, Breslau, Berlin, Wien und Köln. Das brutale Vorgehen der Gestapo in dieser Phase steht in einem engen Zusammenhang mit einer weiteren Radikalisierung der NS-Sonderjustiz und der Militärgerichtsbarkeit der Wehrmacht. Die Schwelle für Todesurteile und Morde wurde in den letzten Kriegsmonaten immer niedriger, „Sonderbehandlungen“ und die Ermordung von Häftlingen nahmen massiv zu. Paul erläutert dies an zahlreichen Beispielen (u.a. „Edelweißpiraten“ in Köln, Morde in Dortmund, Duisburg, Essen). Für den norddeutschen Raum verweist er auf Mordaktionen in Hannover, Hildesheim, Hamburg und Kiel. So wurden im „Arbeiterziehungslager Nordmark“ zwischen Januar und April 1945 mindestens 200 Gefangene ermordet. Die Übersicht über die Mordaktionen zeigt, dass fast alle größeren – noch vom Nationalsozialismus kontrollierten – deut-

schen Städte betroffen waren. Ca. 90 % der Opfer waren Ausländer, mehrheitlich „Ostarbeiter“. Am Beispiel einiger Befehlshaber der Mordaktionen geht Paul ausführlicher auf deren Motive ein. Erschütternd ist die Bilanz der strafrechtlichen Ahndung dieser Taten – nur wenige Täter wurden zur Verantwortung gezogen. Das „Straffreiheitsgesetz“ aus dem Jahre 1954 erwies sich dabei im nachhinein, so Paul, als „eine Generalamnestie für alle jene NS-Täter, die sich der beschriebenen Kriegsendphasenverbrechen schuldig gemacht hatten.“

Stephan Linck („Festung Nord“ und „Alpenfestung“. *Das Ende des Sicherheitsapparates*. S. 569–595) gibt einen hochinteressanten Überblick über die Versuche der Gestapo – und anderer Organisationen –, sich bei Kriegsende in Sicherheit zu bringen. Die „Alpenfestung“ wurde von den Alliierten in ihrer Bedeutung und Stärke weit überbewertet. Diese Einschätzungen führten jedoch zu einem teilweisen Ablenken der westalliierten Truppenverbände vom Vormarsch nach Osten in Richtung Alpenraum. Dieser Vormarsch verhinderte allerdings zum Teil auch die Absetzbewegung von Gestapo und anderen Stäben Richtung Süden. Ein erheblicher Teil des Personals des Reichssicherheitshauptamtes setzte sich in die „Festung Nord“ nach Schleswig-Holstein ab, vor allem in den Großraum Flensburg.

Mit Kapitel V – Ein Resümee – enden die Beiträge des Sammelbandes. Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul (*Die Gestapo. Weltanschauungsexekutive mit gesellschaftlichem Rückhalt*. S. 599–650) gehen dabei in einem sehr übersichtlichen und präzisen Beitrag noch einmal detailliert auf die Entwicklung der Gestapo im „Dritten Reich“ ein. Ausgehend von den bereits in der Weimarer Republik eingeleiteten Entwicklungen in den politischen Polizeien der Länder (u.a. Einstellung der Beobachtung der NSDAP, Intensivierung der KPD-Beobachtung und Wiederaufnahme der Beobachtung der SPD) waren die ersten Schwerpunkte der Arbeit der politischen Polizei(en) nach der Machtübernahme durch die NSDAP die umfassende Unterdrückung der politischen Opposition, die „Verreichlichung“ und die „Entstaatlichung“ der Arbeit der Gestapo. Seit 1936/37 entwickelte sich – immer konkreter werdend – die Konzeption einer „völkischen Polizei“. Ausführlich schildern die Autoren die ständigen Veränderungen und die Anpassung in der Organisation der Gestapo mit der Übernahme von immer neuen Aufgaben. Eindrucksvoll ist auch die Beschreibung der Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen der staatlichen Exekutive, z.B. die massive Unterstützung durch die Polizei. Dies gilt im gleichen Maße für das Thema „Kollaboration und Okkupation“, das von der For-

schung – nicht nur in Deutschland – lange vernachlässigt wurde. Mallmann und Paul weisen z. B. darauf hin, dass vom Personal des BdS in Den Haag die Hälfte Niederländer waren. Auf 2.000 deutsche Angehörige der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement kamen 1942 3.000 polnische Angehörige. In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle der Schutzmannschaften und der „Trawniki“-Einheiten bisher zu wenig erforscht worden. Die Ausrichtung der Gestapo mit dem Ziel der „Eliminierung von Krankheits-symptomen am deutschen Volkskörper“ fand, so die Verfasser, „ihre grausigste Handlungsrelevanz im Prozess der Judenvernichtung, den die Gestapo als Zentralinstitution exekutierte.“

Höchst eindrucksvoll ist das von beiden gezogene Fazit (S. 649–650), insbesondere der folgende Hinweis: „Zugleich demonstriert dieses genauere Hinsehen, daß wenigstens der deutschen Gesellschaft – doch vermutlich längst nicht nur ihr allein – eine Tendenz zur Selbstpolizierung innewohnte, daß sie geradezu ein Biotop jener vielfältigen Aktivitäten sozialer Selbstkontrolle und -überwachung war, in denen sich populäre Ordnungspraktiken und eigensüchtige Indienstnahme der Macht spiegelten.“ Mit Recht sprechen Mallmann und Paul von „einer Denunziations- und Überwachungsgesellschaft“ im „Dritten Reich“, die sehr wohl auch

zu einer Neubetrachtung des Themas der „Ohnmacht der kleinen Leute“ führen sollte.

Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann und allen Autorinnen und Autoren gebührt Dank und Anerkennung für diesen Sammelband, der – bestechend in Präzision und Umfang – einen Überblick über die Verbrechen der Gestapo bietet, in Deutschland wie im besetzten Europa. Der interessierte Leser wird diesen Band mit tiefer Erschütterung – vor allem auch über die Rolle der deutschen Justiz und der deutschen Gesellschaft – aus der Hand legen und sich die Frage stellen: „Haben wir eigentlich aus der Geschichte wirklich gelernt?“ Der Band ist uneingeschränkt zu empfehlen, er ist eine Pflichtlektüre für jeden am Nationalsozialismus und an unserer Geschichte Interessierten. Er hat die Forschung über die Gestapo ein sehr großes Stück vorangebracht und bietet zahlreiche weitere Denk- und Forschungsanregungen.

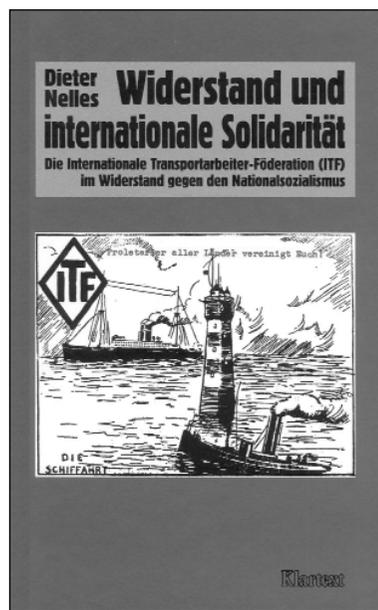
Die Bedeutung für die Gegenwart – einige Tendenzen wohnen noch immer umfassend unserer Gesellschaft innewohnt, im übrigen nicht nur der deutschen – macht diesen Band zusätzlich lesenswert und auch attraktiv, gerade auch für jüngere Leserinnen und Leser. Mich hat seit längerer Zeit kein Sammelband so intensiv angesprochen und innerlich berührt.

Wolfgang Kopitzsch

Widerstand auf Meeren und an Küsten

Dieter Nelles hat sich als Historiograf der Seeleute-Organisationen und deren Widerstand gegen den Faschismus wissenschaftliche Anerkennung erworben. Seine Studien haben immer wieder das Leben auch an Schleswig-Holsteins Küsten und in Hamburg berührt und Anknüpfungspunkte für die regional erkennbaren Prozesse und Ereignisse geliefert. Seine Dissertation – die auf ein Projekt am damaligen Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (Uni Bochum) bei Helga Grebing zurückgeht – schließt die mindestens zehnjährigen, ausdrücklich von eigenen politischen Impulsen motivierten Studien vorläufig ab. Das (politische) Engagement für das Thema ist der Arbeit auf nahezu jeder Seite anzumerken. Nelles' engagiertes Auftreten und sein überaus kollegiales Verhalten sind dem Rezensenten gegenwärtig.

Mit *Widerstand und internationale Solidarität. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus* wird der Widerstand einer transnationalen, syndikalistischen Organisation vorgestellt. Nelles' vor allem zu würdigende Leistung besteht darin, einer Bewegung, die außerhalb heutiger Arbeitskämpfe im Hamburger Hafen weitgehend von der historischen Bildfläche verschwunden ist, zu historischer Geltung zu verhelfen und ihre



Dieter Nelles, *Widerstand und internationale Solidarität. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. Essen: Klartext-Verlag 2001. 466 S. (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 18).

zentrale, nahezu übersehene Funktion im europäischen Widerstandskampf hervorzuheben. Persönlichkeiten wie der legendäre ITF-Sekretär Edo Fimmen – ein Sozialrevolutionär – und der Aktivist Hermann Künfken – der „Genosse Pirat“ (W. I. Lenin) – sowie ein weit gestrecktes Netzwerk von Vertrauensleuten sind, so Nelles' These, in die Vergessenheit gedrängt worden, weil sich das nationalstaatliche

Organisierungsmodell von Gewerkschaften nach 1945 reorganisierte und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Versagen des ADGB im Kampf gegen den Nationalsozialismus so verhindert wurde.

Einleitend muss vorausgeschickt werden, dass das Modell der nationalstaatlich verfassten Gewerkschaften bis zur Gründung transnationaler Betriebsräte unhinterfragt blieb, diese Entwicklung historisch aber keineswegs zwangsläufig oder gar alternativlos war. Gerade die Seeleute, die – heute wie damals – in nationalstaatlich nicht regulierten internationalen Gewässern operierten und in einem (arbeits-)rechtlich extrem deregulierten Sektor beschäftigt waren, sind im besonderen Maße an die Internationalität der Arbeiterbewegung und Transnationalität ihrer Organisationen gebunden.

Diese hatte erst mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs ihr vorläufiges Ende gefunden. Transnationale, syndikalistische Orientierungen waren in der Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit weder von Sozialdemokraten noch von Kommunisten als legitime Strömung der Gewerkschaftsbewegung anerkannt worden, obwohl ihre Elemente immer dann auflebten, wenn die Parteien der Arbeiterbewegung im besonderen Maße als moralische und politische Instanz diskreditiert waren, wie etwa in der Machtübergabe oder nach der Befreiung – ein Befund, der sich in Kiel sicher über-

prüfen ließe. Die Verdrängung dieser transnationaler Strukturen hat erst recht in der historischen Forschung nachwirkt – auch der Wissenschaftsbetrieb war lange Zeit allein nationalstaatlich organisiert und zielte, selten komparativ angelegt, auf nationale Prozesse ab.

Bereits 1975 hatte Lutz Niethammer kritisch zur Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit angemerkt, dass die „nationalgeschichtliche Erforschung“ der Gewerkschaften bei weitgehender Ausblendung der internationalen Zusammenhänge ungeachtet der verschiedenen politisch-historischen Sichtweisen zu einer „Überbetonung der nationalen Kontinuitätslinie“ geführt hat. Gerade der ITF-Widerstand sprengt diesen Rahmen, wie Nelles zeigt. Keine nationale Gewerkschaftsgliederung konnte sich direkt in die Kontinuitätslinie stellen, auch die ÖTV nicht; jede national umgrenzte Forschung hätte sich ein Verlassen des gesteckten Rahmens vorhalten lassen müssen. Die „Agenda der dreißiger Jahre“ aber „war transnational“ (S. 28), zitiert er Eric Hobsbawm. Bislang gibt es keine Arbeit, „in der systematisch untersucht worden wäre, welche Bedeutung internationale Faktoren auf die Politik der deutschen Widerstandsgruppen und das Verhalten der Arbeiterschaft hatten“ (S. 27). Hierin sieht Nelles seine vorrangige Aufgabenstellung. In den Mittelpunkt seiner durch eine über-

wältigende Sättigung mit historischen Material fazinierenden Studie stellt er den Stellenwert von Nationalismus und Internationalismus in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, speziell im Widerstand auch auf Seeschiffen und im Exil (S. 25).

Die Seeleute und Binnenschiffer innerhalb der ITF-Organisierung wählt Nelles aus, um eine Sozialgeschichte des Widerstands operationalisieren zu können und um gerade „ihre mentalen und habituellen Besonderheiten und sozialen Kommunikationsformen“ zu rekonstruieren. Zudem war das politische Selbstverständnis der ITF in der Arbeit gegen den Faschismus durch die Antwerpener Aktivgruppe deutscher Seeleute – namentlich Hermann Knüfken – geprägt worden. Diese beiden Gründe führen zur gewählten Zuspitzung der Themenstellung (S. 31f.).

Nelles' Untersuchung bestätigt die These, dass die in der ITF organisierten Seeleute und Binnenschiffer die aktivste und größte, letztlich auch erfolgreichste Widerstandsgruppe innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung bildete und bei allen Rückschlägen zu Kriegsbeginn während des Krieges eine große Bedeutung erlangten konnte. Die Begründung für diese Wirksamkeit fällt überzeugend aus: „Die größten und aktivsten gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen knüpften als Konsequenz aus der Anpassungspolitik der Gewerk-

schaften [von 1933, TP] an die Traditionen der Rätebewegung an; einer Tradition, die von den freien Gewerkschaften bekämpft worden war.“ (S. 24)

Die Untersuchung geht von der Grundthese aus, dass das Bordleben der Seeleute dem Zusammenhalt einer informellen Gruppe entsprach und als solche interpretiert werden muss. Das Bemerkenswerte am Status der informellen Gruppe – die es überall am Arbeitsplatz, an Bord gab – war, dass der soziale Bezugsrahmen („Familie am Arbeitsplatz“) mit dem Kollegenkreis übereinstimmte (S. 29f.). Diese weitgehende Deckung konnte es so nur im geschlossenen Kosmos der Bordbesetzungen geben; andernorts ist sie für die Arbeitssituation im Bergbau beschrieben worden. Aus diesen informellen Gruppen und ihrem spezifischen Loyalitätskodex heraus begründet Nelles, wieso sich die Seeleute der ITF erfolgreicher als die Widerstandskreise der KPD bzw. der International Seamen and Harbour Workers (ISH) gegen die Versuche der Gestapo und des SD zur Wehr setzen konnten, ihre Strukturen zu infiltrieren und zu neutralisieren. Seine Hauptthese vom geschlosseneren und resistenteren Widerstandspotenzial der syndikalistischen Seeleutebewegung ist von Ludwig Eiber als Idealisierung ausgemacht worden, eine Sichtweise, die der Rezensent an dieser Stelle nicht folgen mag. Mehr noch, Nelles integriert Eibers empi-

rischen Befund weitgehend und interpretiert ihn im Kontext der eigenen These schlüssig.

Die Radikalität der Seeleutebewegung bzw. ihrer „militant minority“ speiste sich aus der dem elenden und überaus harten Bordalltag abgewonnenen Subkultur, ihr Internationalismus und ihre Affinität zum Syndikalismus aus der Weite und nationalstaatlichen Losgelöstheit der Arbeit auf See.

Nelles stellt in einer überzeugend klar gegliederten Studie nach dem Einleitungsteil (S. 7–38) – hier eine eklatante Lücke hinsichtlich der Darstellung der Quellengrundlage (allein S. 34) – die Geschichte des ITF-Seeleute-Widerstands als „Sozialgeschichte des Widerstands“ dar. Niemals fällt er der Gefahr anheim, sich allein in der Dokumentation von spannenden Widerstandsaktionen zu verlieren. „In der vorliegenden Arbeit wird die Herausbildung des ITF-Widerstands als ein Prozeß dynamischer Interaktion zwischen einer ‚militant minority‘ der deutschen Arbeiterklasse und der ITF im Kontext der internationalen Politik der 30er Jahre interpretiert. Das Resultat dieses Prozesses war die programmatische und organisatorische Verschmelzung mehrerer Traditionsstränge, die dem ITF-Widerstand sein spezifisches transnationales Profil gaben.“ Ein politisches Verständnis vom internationalen Kampf gegen den Nationalsozialismus „war am stärksten ausgeprägt bei den See-

leuten, auf deren Widerstand gegen das NS-Regime die vorliegende Arbeit konzentriert ist.“ (S. 31f.)

„Unter den Ausnahmebedingungen der NS-Diktatur kam es zu einer bis dahin einzigartigen Verbindung von drei Elementen: des Radikalismus der seemännischen Arbeiterschaft, der revolutionär syndikalistischen Konzeption der politischen Aktivisten und der sozialrevolutionären Tradition des ITF-Sekretariats unter Fimmen. [...] Im Zentrum der Arbeit stehen die Aktivitäten der ITF-Gruppen in den europäischen und amerikanischen Häfen, der Vertrauensleute auf deutschen See- und Binnenschiffen sowie deren Verbindung in Deutschland. Dies ist eingebettet in eine Gesamtdarstellung des ITF-Widerstands [...] Erstmals werden auch die weitgehend unerforschten Aktivitäten der ITF-Eisenbahner während des Krieges sowie die Rolle der ITF [...] im deutschen Exil auf einer breiten empirischen Grundlage dargestellt und analysiert.“ (S. 31)

Der Darstellungsteil beginnt im Kapitel II mit der Rekonstruktion der Rahmenbedingungen des Widerstands, insb. des Verhältnisses von Arbeiterschaft (und nicht-bewegung!) und Nationalsozialismus. Zahlreiche von der gründlichen Durchdringung und empirischen Erfassung des Quellenmaterials zeugende Tabellen unterstützen seine sozialhistorischen Befunde.

Mit der Tradition des ITF-Widerstands, der Matrosen in der Kriegsmarine, Soldatenräte und dem Widerstand der deutscher Seeleute in der Konsolidierungsphase des NS beschreibt er die Geschichte der Seeleute-Organisierung, sowohl international wie im Deutschen Reich (Kapitel III).

Die Antwerpener ITF-(Aktiv-) Gruppe steht im Mittelpunkt der seit 1935 sich entwickelnden Widerstandspolitik, so der radikalen Distanzierung von parteiloyal agierenden gewerkschaftlichen Organierungen wie der ISH. Der politische Erosionsprozess der ISH/KPD mündet hier in eine neue Sammlung innerhalb der syndikalistischen Bewegung. Mit einer beachtlichen Qualität der Widerstandsarbeit und überraschenden Quantität der durch die Aktivgruppe bearbeiteten Schiffe bei einer hohen Kontinuität der Arbeit und einem weitgehenden Ausschluss einer Gefährdung der Seeleute durch Gestapo und Fremdenbehörden der Exilländer belegt Nelles die These von der spezifischen Solidarität im Seeleutemilieu.

Die Beschreibung der ITF-Aktivitäten auf See- und Binnenschiffen im gesamten Nordatlantischen Raum, insb. die Zusammenarbeit mit linken Kleingruppen im Exil, im fünften und der Darlegung der Zusammenarbeit mit den britischen und französischen Geheimdienst, dem Aufbau von Nachrichtennetzen im Reich während der Vorkriegsphase im sechsten Kapitel

machen den erzählerischen Höhepunkt der Darstellung aus.

Spätestens ab Sommer 1937 war Edo Fimmen klar geworden, dass ein europäischer Krieg unvermeidlich sein würde. Die eine Konsequenz dieser Einsicht war die Entwicklung von Sabotagetechniken und die Anschauung, dass man sich im kommenden Krieg bei aller Distanz auf die Seite einer kriegführenden Macht stellen müsse und die UdSSR bzw. Komintern sich als Partner ausschliesse. Abgestimmt auf die Strukturen der ITF bot sich dabei eine Ausrichtung der Vertrauensleutenetze auf die nachrichtendienstliche Arbeit an. Eine Zusammenarbeit trotz großer Vorbehalte gegen die Geheimdienste Großbritanniens und Frankreichs war alternativlos. Das Verdienst des politischen Radikalen Edo Fimmen war es, dies beizeiten erkannt zu haben.

Der ITF-Widerstand im Krieg (Kapitel VII) konnte nicht dazu beitragen, an dessen schnellem Ende mitzuwirken – der Krieg sah anders aus, als er erwartet worden war. So erfolgreich die Agitation auf See- und Binnenschiffen in der Vorkriegsphase auch war – es wurden Arbeitskämpfe angezettelt, und DAF und Gestapo hatten ihre liebe Mühe, die Lage auf den Schiffen in den Griff bekamen –, diese „Art revolutionärer Gymnastik zur Stärkung des Solidaritätsgefühls“ (S. 393) konnte nicht zum Sturz des NS-Regimes im Fall eines Kriegs

hinwirken – weder dass eine revolutionäre Ursuppe vergleichbar der Situation im Herbst 1918 zu Meutereien geführt hätte, noch dass mit militanten Aktionsformen nennenswerte Schiffskapazität der Achsenmächte auf den Meeresgrund geschickt werden konnte. Auch die durchaus kritische ITF-Leitung hatte das Widerstandspotenzial in Deutschland überschätzt.

Die nachrichtendienstliche Zuarbeit gehört zu den Glanzstücken des ITF-Widerstands und bewährte sich im Krieg, hatte im britischen Konzept der „Europäischen Revolution“ gegen den Nationalsozialismus zunächst auch eine politische Entsprechung und konnte nach der Ablösung dieses Konzepts eine wertvolle Zuarbeit für die alliierte Kriegsführung darstellen. ITF-Vertrauensleute unter den Eisenbahnern und unter den See- und Binnenschiffen waren während des ganzen Kriegs sowohl auf Schiffen neutraler Staaten als auch auf deutschen Schiffen erfolgreich tätig.

Nachkriegskonzepte der ITF – so Knüfkens Vorstellungen vom Neuaufbau von Gewerkschaften – ließen sich nicht realisieren (Kapitel VIII). Deren Neuaufbau orientierte sich nicht an den Diskussionen aus Widerstand und Exil, sondern knüpfte personell und konzeptionell an die Weimarer Republik an.

Die von Knüfken (als Mitarbeiter der britischen Regierung) in Hamburg kritisierte ausgeprägten nationalistische Stimmung in ge-

werkschaftlichen Neugründungsprozessen kann auch andernorts wie etwa für Kiel konstatiert werden. Der Schulterchluss zwischen Deutschen – Nazis wie Oppositionellen – schien näher zu liegen als der Wunsch der Aufarbeitung und Transformation der überkommenen Strukturen, die erst die NS-Herrschaft ermöglicht hatten. Die ÖTV-Vorläuferorganisation in Hamburg scheute sich 1947 nicht, Knüfken aus der Gewerkschaft auszuschließen, weil er nach der Zerschlagung der NS-Herrschaft die zentrale politische Frage – „Was hast du 1933 gemacht?“ – zu stellen wagte und den innergewerkschaftlich vorhandenen Schweigekonsens der Nachkriegszeit in Frage stellte (S. 384).

Was hatte den ITF-Widerstand ausgezeichnet? Nelles zitiert abschließend Hermann Knüfken selbst. Die ITF-Gruppe habe schon lange vor dem Krieg „mit allen Mitteln für die Niederlage Deutschlands gearbeitet und dazu mit beigetragen, einwandfreies Material über die deutsche Aufrüstung und die Vorbereitung des Überfallkrieges zu sammeln. An dieser Arbeit haben tausende von Seeleuten und Binnenschiffen aber auch die mit ihnen Verbindung haltenden Antifaschisten in der Heimat teilgenommen“. Sie hätten „in der Erkenntnis, daß Deutschland unter allen Umständen [...] eine furchtbare Gefahr für seine Nachbarn und darüber hinaus für die ganze Welt bedeutete [...] eine Politik geführt, die

im positiven Sinne für die Wassertransportarbeiter [...] Deutschlandfeindlich war! (freilich zu dem Liede des ‚Deutschland über alles!‘)“, so Knüfken 1944. „Diese Gewaltbereitschaft frühzeitig klar erkannt und mit allen Konsequenzen bekämpft zu haben, bleibt ein bleibendes Vermächtnis des ITF-Widerstandes“, resümiert Nelles (S. 398f.).

Im ITF-Widerstand finden wir die kritische Analyse zum Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung beim Aufstieg des NS ebenso wieder wie eine überlegene Analyse der nationalsozialistischen Bedrohung. Die ITF stellte sich der Analyse; ihr Programm und die hieraus abgeleiteten Konsequenzen – etwa die Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten der westlichen Demokratien – überraschen, spiegeln aber eine konsequente Umsetzung der zuvor getroffenen Analyse wider.

Wer Nelles' Ergebnisse rezipiert, wird feststellen müssen, dass

der bislang dokumentierte gewerkschaftliche Widerstand im NS und die Rolle des ADGB in der Machterlangung einer Überprüfung bedürfen. *Widerstand und internationale Solidarität* stellt eine überaus gelungene Grundlegung zum gewerkschaftlichen Widerstand im Nationalsozialismus dar. Wer sich mit dem – überwiegend ausgebliebenen – Widerstand der Arbeiterbewegung zwischen 1932 und 1945 auseinandersetzt, wird an der gründlichen Rezeption und an einer an Nelles anknüpfenden Thesenbildung nicht vorbeikommen. So manche Darlegung zum Widerstand erscheint im Kontrast hierzu als Miszelle, als kontextbeliebige Dokumentation, als ein Stochern im historischen Nebel.

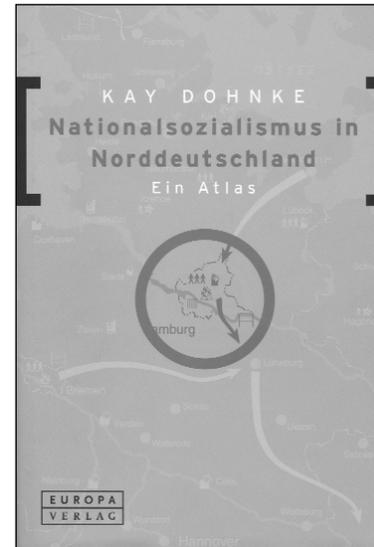
Das Buch liest sich überaus spannend, was es auch für politisch Interessierte außerhalb des Wissenschaftsbetriebs attraktiv macht.

Thomas Pusch

Visualisierte Regionalgeschichte

Methodisches Neuland hat der Hamburger Publizist und Journalist Kay Dohnke mit einem regionalhistorischen Kartenwerk betreten. *Nationalsozialismus in Norddeutschland. Ein Atlas* wählt für die Aufstiegs- und Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus einen in diesem Kontext neuen Zugang: „Erstmals visuell in Form von Karten und neu entwickelten Piktogram-

men aufbereitet, präsentiert er die wichtigsten Aspekte der nationalsozialistischen Politik und ihrer Umsetzung vom Aufstieg der NSDAP ab 1925 bis zum Kriegsende und geht außerdem auf örtliche Beispiele ein“, heißt es im Klappentext. Abgedeckt wird die Region der fünf norddeutschen Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Mecklen-



Kay Dohnke, *Nationalsozialismus in Norddeutschland. Ein Atlas*. Hamburg-Wien: Europa-Verlag 2001. 128 S.

burg-Vorpommern. Eine Funktion des Buches formuliert das Geleitwort, verfasst im Büro der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis: „[...] setzt er aus vielen kleinen Mosaiksteinchen ein Bild dieses Raumes zwischen 1925 und 1945 zusammen, zeigt wichtige Ereignisse aus nur 20 Jahren Geschichte auf, die trotzdem unser Leben bis zur Jahrtausendwende und darüber hinaus verändert haben.“ (S. 7) Von ihrem didaktischen Ansatz her spiegelt Kay Dohnkes Publikation die Interessen der regionalen NS-Historiografie, „die aus ihrer ‚Nahsicht‘ besonders dichte und konkrete Einblicke in die Vergangenheit eröffnen kann“ (S. 7) und die Auswir-

kungen und Zusammenhänge der ‚großen‘ Politik am Beispiel von Orten und Personen der Nachbarschaft aufzuzeigen sucht.“

Bilanz der aktuellen Forschung

Dohnkes Buch ist zum einen eine Bilanz des derzeitigen Forschungsstandes. Der schmale Rücken des 128-Seiten-Hardcoverbändchens verbirgt das Mammutprojekt, um das es sich beim Recherchieren, Zusammentragen und Zusammenstellen der Tausenden von Einzeldaten gehandelt hat – mit ein Grund, warum eine derartige Präsentation zurzeit bundesweit einmalig sein dürfte. Dieser regionale Geschichtsatlas will deshalb in erster Linie ein Nachschlagewerk sein, das dem Leser sowohl ein Gesamtbild vermitteln wie auch den Zugang zu Details gewähren kann.

Die insgesamt 60, teils doppelseitigen Karten sind in vier Hauptkapitel untergliedert, deren Ordnung einerseits eine thematische ist, andererseits grob einer Chronologie folgt. Für die Jahre 1925 bis 1932 werden der Aufstieg der NSDAP, der Stand der jüdischen Bevölkerung zum Stichjahr 1925 (letzte Volkszählung vor 1933) und Aspekte der NS-Propaganda sowie politische Gewalttaten mit Todesfolge in den letzten Jahren der Weimarer Republik dargestellt.

Das zweite Kapitel thematisiert die nationalsozialistischen Vorkriegsjahre unter den Stichworten

Herrschaftsaufbau und -ausübung, Widerstand und Verfolgung. Behandelt werden unter anderem der Boykott jüdischer Geschäfte, die Bücherverbrennungen, Haftstätten, Opposition und Widerstand, „Entjudung“ und „Arisierungen“ sowie die Reichspogromnacht im November 1938.

Die letzten beiden Kapitel decken die Kriegsjahre ab. Ersteres stellt „Euthanasie“, Judendeportation, KZ im Überblick und im Detail sowie NS-Justizverfahren dar. In einem weiteren Kapitel wird der Themenkomplex der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter veranschaulicht – von der Lage der Lager bis zu Todesmärschen und KZ-Evakuierungen zum Kriegsende.

Neue Aspekte der NS-Zeit

Während viele dieser Themen einschlägig Interessierten schon über die zugrundeliegende Literatur bekannt sein mögen, hat Dohnke mehrere Aspekte der norddeutschen NS-Periode kartografisch umgesetzt, die nur Insidern vertraut sein dürften. Der Überblick über die Reden des plattdeutsch agitierenden NS-Propagandisten Hans Kummerfeldt erwächst aus einem Forschungsschwerpunkt des Autors, der Mitherausgeber des voluminösen Sammelbandes *Niederdeutsch im Nationalsozialismus* (Hildesheim 1994) ist. Ein Schattendasein hat in der Geschichtsschreibung bisher auch der im Jahre

1936 geführte „Kreuzkampf“ geführt, ein religiös motivierter Protest gegen den so genannten Kreuzerlass, mit dem das Oldenburgische Innenministerium Anfang November jenes Jahres die Entfernung von Lutherbildern und Kruzifixen aus öffentlichen Gebäuden, also auch aus Schulen und Kirchen anordnete.

Unvollständigkeit und Fehler im Detail unumgänglich

Kay Dohnke rechnete bei der Erstellung des Atlases damit, dass sein Werk Objekt einer eingehenden Kritik regionalhistorischer Experten würde und bei einer scharfen Durchsicht im Hinblick auf Vollständigkeit und Fehlerfreiheit im Detail zahllose Auslassungen und Unkorrektheiten offenbaren müsste. Tatsächlich enthält das Werk eine ganze Reihe von Auslassungen und Fehlern, die hinsichtlich ihrer Kritikwürdigkeit zum Teil zu vernachlässigen und verzeihlich sind, zum Teil angesichts der scenebekannten Zuverlässigkeit des Verfassers ein wenig erstaunen. Warum hat Dohnke in der hochinteressanten Karte zum „Boykott jüdischer Geschäfte in Kiel“ am 1. April 1933 nicht auch die als „nicht lokalisiert“ vermerkten Ziele antisemitischer Angriffe in den zeitgenössischen Kieler Adressbüchern nachgeschlagen? Dort sind beispielsweise die Adressen der vier Kieler Lindor-Strumpfläden noch im Jahre 1938

verzeichnet (Holstenstraße 24, Wilhelminenstraße 10, Adelheidstraße 30, Elisabethstraße 40). Warum der im Kreis Steinburg aufgewachsene und mit dessen NS-Geschichte besonders vertraute Autor in der Darstellung der jüdischen Bevölkerung in Schleswig-Holstein 1925 die Friedhöfe in Glückstadt, aber auch in Rendsburg nicht verzeichnet, ist ebenfalls erstaunlich.

Sicherlich werden zahlreiche Kenner der jeweils regionalen Geschichte noch viel zu ergänzen und zu korrigieren haben – doch geht es darum? „Besser, ein defizitäres Werk zügig der Öffentlichkeit präsentieren und in einer Zweitaufgabe mögliche Kritik berücksichtigen, als jahrelang an einer Publikation zu feilen, die das Publikum entsprechend lange entbehren muss“, wischte jüngst ein Kollege die lähmenden Skrupel ängstlicher Perfektionisten vom Tisch. Wichtig ist zum einen, dass die zentralen Aussagen stimmen – und hier dürften Kay Dohnke keine Versäumnisse vorzuwerfen sein. Das Mindesthaltbarkeitsdatum des Atlases ist aber aufgrund einer noch immer im Fluss befindlichen NS-Regionalforschung in jedem Fall begrenzt.

Denkbare Kartenthemen unerschöpflich

Diskutiert werden könnte unter anderem, inwieweit die Auswahl der Kartenthemen erweiterungsbedürftig ist. Einige relevante Themen

konnten sicherlich aus dem einfachen Grunde noch nicht berücksichtigt werden, dass die Forschung noch kein hinreichend umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung gestellt hat. Wünschenswert wäre beispielsweise eine Abbildung der in Norddeutschland durchgeführten Zwangssterilisationen einschließlich der Erbgesundheitsgerichtsbarkeit, der ausführenden Krankenhäuser und privatärztlichen Kliniken – ein Thema, das noch nicht flächendeckend erforscht ist. Regionale Zahlen – rund 700 Zwangssterilisationsopfer beispielsweise im Kreis Steinburg – zeigen aber die Dimension dieses NS-Verbrechenskomplexes und damit seine Relevanz. Dargestellt werden könnten außerdem die in Reaktion auf das Attentat vom 20. Juli 1944 vom Reichssicherheits-Hauptamt ausgelöste Verhaftungswelle „Aktion Gewitter“ (angerissen von Detlef Korte im Jahrbuch des Beirats für die Geschichte der Demokratie und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein, Bd. III) oder die Auswirkungen des Bombenkriegs auf die Region – ein letztendlich von den Nationalsozialisten zu verantwortender Terror gegen die deutsche Bevölkerung. Denkbar wäre auch eine Veranschaulichung der Landgewinnungsmaßnahmen an der nordfriesischen Küste oder der Bau militärischer Anlagen und Verteidigungslinien in Norddeutschland – letzteres Aktivitäten, die zum Teil in Bezug zu den errich-

teten Außenlagern des KZ Neuen- gamme gesetzt werden könnten. Und so wie der behandelte Zeit- raum begründet und nachvollzieh- bar schon 1925 beginnt, so kann auch eine Ausdehnung des Atlases auf die Zeit nach 1945 sinnvoll argumentativ unterfüttert werden. Kriegsgefangenenlager (vgl. Karten- material bei Holger Piening, Als die Waffen schwiegen. Heide 1995, S. 67, 72, 88f., 142f.) und Flüchtlings- ströme, alliierte Verwaltungsstruk- turen oder Aktivitäten der Displa- ced Persons gäben interessante Themen ab.

Einsatz für schulpädagogische Zwecke

Abschließend seien einige Anmer- kungen zur Methodik, zur Karto- grafie im technischen Sinne erlaubt. Wer immer in Norddeutschland mit der Vermittlung von NS-Geschich- te an Schülerinnen im Rahmen des Geschichts- oder Gesellschaftskun- deunterrichts beauftragt ist oder im Rahmen der Erwachsenenbildung anschauliches grafisches Material zu verwenden pflegt, mag den Atlas spontan begrüßen. Streng genom- men kann dies aber nur auf den ersten Blick ohne weitere Aufarbei- tung geschehen, denn bei der karto- grafischen Darstellung haben Kay Dohnke und Kartograf Frank Thamm der Vollständigkeit den Vorrang vor Übersichtlichkeit und Anschaulichkeit gegeben. Wer als Pädagoge oder Referent die dar-

gebotenen Materialien verwenden, auf Folie kopieren möchte, wird gerade im Schul- und Jugendbe- reich um eine didaktische Reduk- tion, um eine Nachbearbeitung der Karten nicht herumkommen. Anzu- raten wäre beispielsweise die Kon- zentration auf geografische Aus- schnitte. Auch die Beschränkung der Buchherausgeber auf einen Zweifarbdruk – verwendet werden nur Schwarz und Rot – erleichtert nicht die Übersichtlichkeit des Dar- gestellten, hat aber möglicherweise die Kostenkalkulation für das Buch vereinfacht. Denkbar wäre eine Arbeitsgruppe beispielsweise am schleswig-holsteinischen Institut für die Praxis und Theorie der Schule (IPTs), die diesen Steilpass als Anlass für eine Aufbereitung für den Schulunterricht nehmen könn- te – mit Zustimmung des Verfassers.

Grafische Aufbereitung histori- scher Sachverhalte

Ein Beispiel an Dohnkes und Thams grafischer Aufbereitung historischer Sachverhalte sollten sich im Übrigen alle geschichtswis- senschaftlich Publizierenden nehmen. Es gibt kaum eine Thematik, die nicht im Rahmen eines Aufsatzes oder einer Monografie auch der- artig visuell aufbereitet werden könnte. So wie der Geschichtsleh- rer unter Zuhilfenahme eines breiten Instrumentariums von grafi- schen Zeichen historische Abläufe in einem Tafelbild zusammenzufas-

sen vermag, könnte auch der Histo- riker dieses zwar aus dem Schul- unterricht stammende, aber mit kei- ner guten Begründung auf diesen zu beschränkende Medium nutzen. Der gemeinhin ohne Register er- scheinende Aufsatz könnte auf ei- nen Blick erschlossen werden. Das in manchen Zeitschriften etablierte Abstract käme so in kartografi- schem Gewand daher. Es gilt, Dohnkes Werk nicht nur von Zeit zu Zeit aktualisiert in neuer Auflage zu edieren, sondern die in ihm

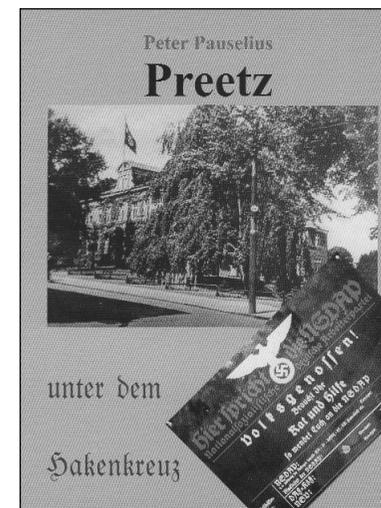
enthaltenen medialen Ansätze als fruchtbare Anregung in der regio- nalen Forschungslandschaft wirk- sam werden zu lassen.

Kay Dohnkes Atlas zum Natio- nalsozialismus in Norddeutschland bleibt ein beachtliches Pionierwerk, mehr als eine Fleißarbeit – aber eben auch dies –, eine methodisch ansprechende Bilanz regionalhisto- rischer Wühlarbeit, die in weiten Teilen über lange Jahre ein Stan- dardwerk im behandelten Raum bleiben dürfte. **Björn Marnau**

NS-Zeit im Spiegel der Ortsgeschichte

Wenn zu einer Kleinstadt wie Preetz in Holstein, von der bisher nur recht wenig über die NS-Zeit bekannt ist, eine über 700 Seiten umfassende Monografie mit dem Titel *Preetz unter dem Hakenkreuz* erscheint, verspricht dies eine inter- essante Lektüre zu werden. Schließ- lich hat die Stadt Preetz bisher nur wenig Erwähnung in der Literatur über den Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein gefunden.

Peter Pauselius, Stadtarchivar und Geschichtslehrer in Preetz, hat sich dieser Aufgabe angenommen, Licht in ein bisher nur sehr frag- mentarisch belichtetes Kapitel der Stadtgeschichte zu bringen. Die breit angelegte Darstellung beschäf- tigt sich mit einem großen Themen- spektrum, das von den Anfängen und dem Aufstieg der NSDAP über das Vereinswesen und den Kriegs-



Peter Pauselius, Preetz unter dem Hakenkreuz. Großbarkau: Edition Barkau 2001. 723 S.

alltag bis zum Ende der nationalso- zialistischen Diktatur reicht. Es sei vorweggenommen, dass genau dies

eine der Stärken der Untersuchung ist, da sich aus der Fülle des untersuchten Materials ein aussagekräftiges Mosaik zusammensetzt.

Preetz galt schon früh als traditionell „rote“ Stadt in Schleswig-Holstein und war eine der ersten Städte in Deutschland, in der sich im November 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat bildete. Der Nationalsozialismus breitete sich im ländlichen Preetz zunächst nur zögerlich aus. Pauselius weist nach, dass Hitler und die NSDAP über lange Jahre keine Erwähnung in der *Preetzer Zeitung* fanden und viele Preetzer als uninformiert gelten mussten. Eine 1926 gehaltene Hitler-Rede im benachbarten Eutin blieb im Ort noch unbeachtet.

Obwohl der bürgerliche Bevölkerungsanteil auch in den zwanziger Jahren gering blieb, gingen von ihm entscheidende Impulse aus, die dem Nationalsozialismus in Preetz den Weg ebneten. So zählte z.B. das Ehepaar Dr. Genzken zu den ersten Preetzer Parteigenossen, die 1926 in die NSDAP eintraten und neue Mitglieder rekrutierten. In der *Preetzer Zeitung* erschien im März 1927 erstmalig ein Hinweis auf eine Volksversammlung der NSDAP in Preetz, organisiert von der Ortsgruppe Kiel. Als im Frühjahr 1930 die Nationalsozialisten auch in den umliegenden Dörfern systematisch für ihre Ziele warben, war in Preetz die Ortsgruppe der NSDAP bereits etabliert. Die Polarisierung zwischen dem nun aufkommenden

Nationalsozialismus und dem Arbeiterlager war in Preetz sehr stark ausgeprägt. Wiederholt gab es Saalschlachten und Übergriffe auf politische Gegner.

Dennoch, der Aufstieg der NSDAP in der Stadt Preetz unterschied sich in der Struktur und seinen Mechanismen kaum von anderen schleswig-holsteinischen Städten vergleichbarer Größe. Da Pauselius besonders in dem Kapitel über den Aufstieg der NSDAP interessante Bezüge zu landesgeschichtlich relevanten Ereignissen oder Wahlergebnissen herstellt, lassen sich die Aussagen über die Stadt Preetz überzeugend einordnen.

Ein großes Verdienst des Buches stellt die Sorgfalt und Akribie dar, mit der die Vorgänge in Preetz nachgezeichnet werden. So sind die Kapitel, in denen Pauselius die „Gleichschaltung“ von Vereinen und Verbänden darstellt, äußerst detailliert und sachkundig verfasst. Das gründliche Vorgehen zeigt sich auch bei dem Thema Judenverfolgung, dem eine umfassende Quellenauswertung zu Grunde liegt. Auch wenn es keine jüdische Gemeinde und vereinzelt jüdische Bürger in der Kleinstadt Preetz gab, so war auch hier der Antisemitismus virulent und wurde durch die Nationalsozialisten mit entsprechenden Zeitungsartikeln und Veranstaltungen in der Öffentlichkeit zu einem Thema gemacht.

Die Beschäftigung mit der Preetzer Geschichte zeigt, dass die

Stadt in der Zeit von 1933 bis 1945 sicherlich keine exponierte Stellung in Schleswig-Holstein inne hatte, gleichzeitig aber auch keine Insel im Reich des Bösen war, wie der Verfasser treffend schlussfolgert. Verschiedene Faktoren haben laut Pauselius gar Schlimmeres verhütet, wie z. B. die geringe Einwohnerzahl der Kleinstadt, in der jeder jeden kannte und damit eine gewisse Hemmschwelle bestand (während der NS-Zeit hatte Preetz ca. 4500 Einwohner). Ferner könnten auch Informationsdefizite der Bevölkerung „präventiv“ gewirkt haben – so berichtete z.B. die *Preetzer Zeitung* nicht über die Vorfälle in der Reichspogromnacht in Kiel. Plausibel ist ferner das Argument, dass die „politischen Leiter nicht hundertprozentig nationalsozialistisch geprägt waren“. Bürgermeister Uebel war bemerkenswerterweise kein Parteigenosse, und die Stadt wurde 1945 kampflos den Engländern übergeben.

In seiner Schlussbetrachtung stellt Pauselius nochmals heraus, dass der Großteil der Preetzer Bevölkerung trotz allem nicht von einer Mittäterschaft freigesprochen werden kann, wie dies auch die Wahlergebnisse belegen.

Die umfangreiche Darstellung hat vor allem für Preetzer Bürger einen hohen Informationsgehalt. Die im Anhang vorhandene Übersicht der Wahlergebnisse von 1924–1933 sowie die Zusammenstellung aller Parteiversammlungen

in Preetz vom März 1926 bis Januar 1933 sind ausgesprochen hilfreich und dienen der schnellen Orientierung. Bedauerlich ist jedoch, dass der Autor bzw. Verlag auf ein Personenregister und eine lokalgeschichtliche Chronologie verzichtet hat. Beides hätte ortsfremden Historikern den Zugang erleichtern können. Nur an wenigen Stellen wird die Darstellung wegen der vielen Ausschnitte aus Zeitzeugeninterviews und dem umfangreichen Quellenmaterial etwas deskriptiv, dennoch gelingt es Pauselius, nicht zum bloßen Chronisten zu werden.

Die vorliegende Untersuchung *Preetz unter dem Hakenkreuz* läuft an keiner Stelle Gefahr, sich in regionalen Details zu verlieren und dabei die Einordnung in einen größeren landesgeschichtlichen Zusammenhang zu vernachlässigen. Die Zielsetzung der Arbeit, die Preetzer Bürgerinnen und Bürger möglichst eingehend und nachhaltig über ihre Stadtgeschichte zu informieren und vor allem den Schülerinnen und Schülern sowie ihren Lehrkräften lokalgeschichtliche Bezüge bei der Behandlung der NS-Zeit zu ermöglichen, ist in jeder Hinsicht erreicht worden. Insofern gebührt dem Verfasser große Anerkennung für die langjährige Arbeit und sein Engagement, das schließlich zu dem vorliegenden Buch geführt und eine weitere Lücke in der Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein geschlossen hat.

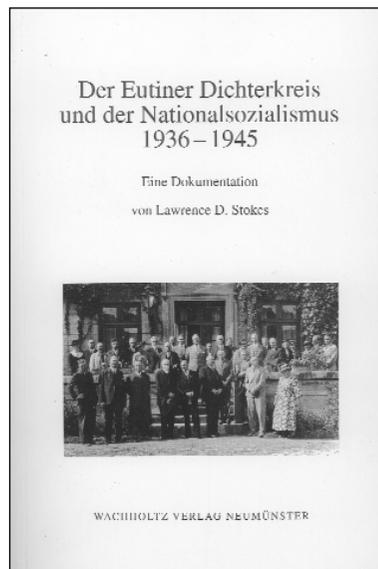
Ralf Mertens

„Latten-Böhmcker“ und die Literaten

Ein feiner Regierungspräsident: Beim Assessorexamen zweimal durchgefallen und deshalb vom höheren Staatsdienst ausgeschlossen, pflegte der bereits 1926 in die NSDAP eingetretene Rechtsanwalt Johann Heinrich Böhmcker Auseinandersetzungen lieber handgreiflich auszutragen. „Latten-Böhmcker“ wurde der NS-Haudegen von der Bevölkerung genannt, weil er bei Streitigkeiten wiederholt Latten vom Zaun gebrochen und damit auf Gegner eingedroschen hatte.

Seine Amtszeit als Oberhaupt der Eutiner Staatsverwaltung ab 1932 war von Anfang an durch zahlreiche politische Skandale und private Exzesse geprägt. Auch zur Kultur pflegte der aus der Nähe Eutins gebürtige Sohn eines Landwirts ein eigenwilliges Verhältnis: Bei einer Abschlussfeier im städtischen Gymnasium im April 1934 demolierten Böhmckers SA-Kameraden in dessen Anwesenheit eine wertvolle Sammlung naturwissenschaftlicher Gegenstände, Böhmcker goß Bier in ein Klavier.

Die parteiinternen Säuberungen des so genannten „Röhm-Putschs“ vom Juni 1934 müssen ihn zur Mäßigung veranlasst haben. Jedenfalls versuchte sich Böhmcker in der Folgezeit als gütiger Landesvater zu profilieren. Als sich 1936 um den völkisch-national-konservativen Schriftsteller Hans Friedrich Blunck ein „Eutiner Dichterkreis“



Lawrence D. Stokes, *Der Eutiner Dichterkreis und der Nationalsozialismus 1936-1945. Eine Dokumentation.* Neumünster: Karl Wachholtz Verlag 2001. 470 S. m. zahl. Abb. (= Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 111).

(EDK) zu formieren begann und Böhmcker die Schirmherrschaft angetragen wurde, fand dies seine begeisterte Zustimmung.

Ein kluger Schachzug – von beiden Seiten! Schriftsteller Blunck, der 1935 von seinem Amt als Präsident der von Joseph Goebbels eingerichteten NS-Reichsschrifttumskammer zurückgetreten war und sich in die ostholsteinische Provinz zurückgezogen hatte, konnte sich damit erneut des Wohlwollens und

der Unterstützung eines einflussreichen Politikers versichern, während sich dem Politiker Böhmcker eine einzigartige Gelegenheit bot, als Förderer der Kultur aufzutreten.

Die explizite Bezugnahme auf den um 1800 in Eutin existierenden Zirkel um Graf Friedrich Leopold Stolberg und Johann Heinrich Voß dokumentiert Anspruch wie Anmaßung des EDK, der sich mit seinen Aktivitäten – literarischen Morgenfeiern und kulturellen Abendveranstaltungen, Dichterausflügen und einer Reihe von Almanachen – demonstrativ an die Öffentlichkeit wandte. Mitglieder fanden sich schnell. Zu den bekannteren gehörten Hermann Claudius und Edwin Erich Dwinger, Gustav Frenssen und August Hinrichs, Alma Rogge und Helene Voigt-Diederichs.

Freilich stellte der Kreis keine homogene Gruppe dar. Zum EDK zählten sowohl NS-Erfolgsautoren wie der HJ-Schriftsteller Henrik Herse (*Das Fähnlein Rauk, Zur Raafuhr auf ein roter Schild*) als auch eher unpolitische Schöngeister wie Waldemar Augustiny. Doch obwohl nur ein Teil der Mitglieder als im engeren Sinne nationalsozialistische Schriftsteller zu bezeichnen ist, kann eigentlich nicht außer Frage stehen, dass es sich beim Zusammenwirken der nationalsozialistischen Eutiner Staatsverwaltung und des Dichterkreises um eine auf die gleichen kulturpolitischen Ziele ausgerichtete konzertrierte Aktion handelte.

In einer minutiösen Untersuchung versucht der kanadische Historiker Lawrence D. Stokes die Frage zu klären, „ob der Eutiner Dichterkreis zu Recht als nationalsozialistische Einrichtung bezeichnet werden kann oder ob er lediglich mit gewissen Zielen des Nationalsozialismus übereinstimmte und einige Angehörige hatte, die persönlich überzeugte Parteianhänger waren.“

Stokes, der bereits 1984 mit einer grundlegenden Studie zur politischen Geschichte Eutins hervorgetreten ist, tut dies zum einen mit einem analysierenden Dreischritt – quellengestützten, detaillierten Untersuchungen des kulturpolitischen Kontexts, der Organisationsgeschichte des EDK sowie von dessen Publikationen. Zum andern hat der Autor in einem vierten – dem umfangreichsten – Abschnitt des Buchs biografische Informationen zu den 27 Autoren der Schriftstellergruppe, Textproben und zum Teil unveröffentlichte Dokumente aus Nachlässen oder aus entlegenen Publikationen zusammengesammelt, die Einblick in die individuellen Positionen ermöglichen.

Bescheiden merkt der Historiker an, dass es ihm nicht möglich gewesen sei, „jeden einzelnen auch nur annähernd vollständig zu behandeln“, zumal die Autoren sowohl im ‚Dritten Reich‘ als „auch später zum Teil sehr produktiv“ gewesen seien. Doch sind es gerade

von Stokes pointiert einander gegenübergestellte Äußerungen von vor und nach 1945, die zuweilen entscheidende Aufschlüsse über die Mitglieder der Gruppe und deren Zielsetzung erlauben. So schrieb etwa Christian Jenssen, der sich als Privatsekretär und Biograf von Hans Friedrich Blunck seine Sporen verdient hatte, 1961 rückblickend, dass der EDK stets „unabhängig von den zeitlichen Umständen“ sowie „von den jeweils herrschenden politischen Kräften und zeitgeistigen Strömungen“ bestanden habe. Vor Tisch las man es hingegen anders: 1937 hatte Jenssen noch explizit betont, dass der EDK „dank der Initiative von SA-Gruppenführer Böhmecker“ und „im Bewusstsein besonderer gemeinsamer Aufgaben“ gegründet worden sei.

Chamäleongleich wusste sich Jenssen auch in anderer Hinsicht zu wandeln. In seiner Literaturgeschichte *Deutsche Dichtung der Gegenwart* (2. Aufl. 1938) hatte er noch gegen vehement gegen das Wirken „von völkisch ungebundenen, vielfach jüdischen Schriftstellern“ Stellung bezogen und etwa auch Thomas Manns „Entwicklung zu einer internationalen [...] Einstellung“ sowie dessen Hochschätzung von „Siegfried [!] Freuds Psychoanalyse“ als „Keime einer undeutschen Einstellung“ denunziert. Nach 1945 engagierte sich Jenssen überraschenderweise bei den Rotariern, einer „Weltgemeinschaft“, die sich die Beachtung

„hoher ethischer Grundsätze“ auf die Fahnen geschrieben hat und durch dezidiert international ausgerichtete „Pfleger des guten Willens“ auf Völkerverständigung und friedlichen Austausch hinzuwirken sucht. Jenssen gelang es, zum Präsidenten des Eutiner Rotary Clubs und sogar zum „Governor“ seines Rotary-Distrikts zu avancieren; er fungierte zudem lange Jahre als stellvertretender Chefredakteur respektive als „Schriftleiter“ des Vereinsblattes *Der Rotarier*. Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit seinen früheren Äußerungen wurde bei Jenssen, der noch 1988 die Blut-und-Boden-Literatur seines früheren Arbeitgebers Hans Friedrich Bluncks hochlobte, bislang leider vergebens geforscht. Mit Recht beklagt Stokes, dass detaillierte Einzelstudien zu zahlreichen, im „Dritten Reich“ und danach tätigen Autoren fehlen. Die Germanistik hatte offensichtlich lange Jahre Besseres zu tun.

Dem Historiker gelingt es jedenfalls, mit seinen Mitteln zu einem glasklaren Ergebnis zu kommen. Stokes interpretiert dabei keine literarischen Texte, sondern referiert Positionen, lässt Fakten und Dokumente sprechen. Überhaupt muss er feststellen, dass die Literatur selbst „nur einen relativ bescheidenen Platz in der Gesamtentwicklung des EDK“ beanspruchte. Dafür nahm die „nationalsozialistische Umrahmung“ von Lesungen und Veranstaltungen um

so breiteren Raum ein. Die Aktivitäten des EDK sollten vor allem „unter NS-Ägide auf dem Gebiet der Kultur“ erreichte Erfolge demonstrieren. So kommt Stokes am Ende seiner Darstellung zu dem

Schluss, dass der Eutiner Dichterkreis „eine Vereinigung war, die sich bewusst den Zwecken der NS-Regierung unterordnete“. – Literaturgeschichte als Institutionengeschichte. Kai-Uwe Scholz

Mehr Konzept, weniger Pragmatismus

Im Vorwort zu *Terror ohne System* schreiben Wolfgang Benz und Barbara Distel: „Dieser Band [...] präsentiert die ersten Ergebnisse eines großen Projektes, das die Gesamtdarstellung aller Konzentrationslager im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich 1933–1945 zum Ziel hat.“ (I, S. 9). Damit verbinden beide die Absicht, eine „wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Gesamtdarstellung“ herauszugeben und gleichzeitig deren Nutzbarmachung für die politische Bildung, Schulunterricht, Wissenschaft und Gedenkkultur zu betreiben (ebd).

Ausgangspunkt der Publikation, deren Redaktion Angelika Königseder und Verena Walter übernommen haben (und die aus unverständlichen Gründen trotzdem nicht als Mitherausgeberinnen genannt werden), ist eine im November 2000 in Bayern durchgeführte Tagung. Dort wurden u.a. Fragestellungen wie die folgenden diskutiert: „Wie definiert man Konzentrationslager in Abgrenzung zu anderen Haftstätten des NS-Regimes mit ähnlichen Lebensbedingungen? Welche Kriterien über die



Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), *Terror ohne System*. Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus 1933–1935. Berlin: Metropol Verlag 2001. 310 S. (= *Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945*, Band 1). *Herrschaft und Gewalt*. Frühe Konzentrationslager 1933–1939. Berlin: Metropol Verlag 2002. 295 S. (= *Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945*, Band 2).

formalen Unterstellungen hinaus ermöglichen die Einordnung in das

Herrschafts- und Terrorsystem? Wie unterscheiden sich ‚wilde‘ KZ als Haftstätten in der Zeit der ‚Machtergreifung‘ von frühen Konzentrationslagern mit längerem Bestand?“ (I, S. 12).

Obwohl gerade die Antworten auf solche Fragen am Anfang einer Gesamtedition von Einzeldarstellungen zu den Konzentrationslagern stehen sollten und die Herausgeber/in selbst meinen, dass die „Strukturen des KZ-System inzwischen gut erforscht“ seien, wird ein solcher für die Einordnung der mindestens 80 1933/34 bestehenden frühen KZ sinnvoller Einstieg für einen der Folgebände angekündigt (I, S. 11). Benz und Distel haben sich dagegen aus Pragmatismus heraus entschlossen, die Reihe unabhängig von geografischen oder chronologischen Aspekten herauszugeben – also das zu publizieren, was gerade da ist.

Das Spektrum des ersten Bandes umfasst 15 Aufsätze über frühe KZ, beginnend mit Dachau, über Nohra in Thüringen, Breitenau bei Kassel bis hin zu den vier in Hamburg und Schleswig-Holstein gelegenen Lagern Fuhlshüttel, Wittmoor, Eutin und Ahrensböck. Im zweiten Band nehmen die „Haftstätten der mittleren Periode, die das Bindeglied zwischen den frühen Konzentrationslagern und der späteren KZ-Topographie“ (II, S. 8) bilden, den Großteil ein, wobei für Norddeutschland die Beschreibungen zum KZ Lichtenburg sowie der

Emslandlager von Bedeutung sind und die beiden weiteren frühen Lager – KZ Kühlen bei Rickling und das KZ Glückstadt – für Schleswig-Holstein von Interesse sind.

Der Aufbau der Aufsätze folgt insgesamt keinem einheitlichen Schema, was einerseits dem jeweiligen Forschungsstand geschuldet ist, andererseits aber auch den mangelnden Vorgaben der HerausgeberInnen. So ist zwar einsichtig, dass nicht immer etwas zum Lageralltag, zu den Bewachern oder gar zu Einzelbiografien der wichtigsten Protagonisten gesagt werden kann. Gleichzeitig wäre nach den im Vorwort angemeldeten Ansprüchen an das Gesamtwerk zumindest eine Einheitlichkeit bei Literaturangaben und Quellenhinweisen, bei dem Resümee des Forschungsstands und Gedenkens sowie bei einem Ausblick sinnvoll gewesen.

So gibt es Aufsätze, die sich lediglich auf Literaturquellen beziehen, ohne deutlich zu machen, warum die Quellenlage so schlecht ist (am auffälligsten im eineinhalbseitigen Beitrag von Stefanie Schüler-Springorum zu Quednau bei Königsberg); Aufsätze, die sich lediglich auf einen indirekt überlieferten Quellenbestand beziehen und dies nicht kritisch hinterfragen bzw. beleuchten (so beim KZ Nohra, wo laut Autor die VdN-Akten benutzt wurden und keine weitere Quellenforschung bzw. -überprüfung in den so überlieferten Aktenauszügen

betrieben wurde); bis hin zu Aufsätzen, die zwar in den Fußnoten Quellen und Literatur nennen, aber keine Zusammenfassung am Ende der Darstellung bringen (so beim Aufsatz zum KZ Dachau).

Zwar geben alle AutorInnen am Ende Quellen und Literaturhinweise, doch ist zu fragen, welchen Sinn die Nennung von zwei bis drei Archivstandorten hat, an denen relevantes Aktenmaterial liegt. Wem sollen diese Angaben dienen? Für Forschende ist es zu wenig, da sie detailliertere Hinweise – wie bspw. bei Stokes zu Eutin geschehen – benötigen. Interessierte Laien könnten die Liste dahingehend missverstehen, dass es keine weiteren Quellenbestände gäbe. Meines Erachtens hätten sich hier die HerausgeberInnen auf ein sinnvolles System einigen und den Autoren dieses vorgeben müssen.

Ein weiteres Manko ist, dass fast nirgends eine Art „Ausblick / Forschungsstand“ am Ende des Aufsatzes erfolgt. So bleibt häufig unklar, ob die Geschichte des jeweiligen Lagers nun quellenmäßig gut erschlossen ist, es wichtige Desiderate gibt oder gerade neuere Forschungen laufen. Auffallend ist auch, dass nicht immer auf die Nachkriegsgeschichte (insb. Prozesse) eingegangen wird, was z.T. wohl an der Quellenlage liegt, aber doch zumindest mit einem Satz erwähnt werden sollte. Sehr unterschiedlich wird auch mit dem Gedenken nach 1945 umgegangen: So sind Jörg

Wollenbergs Ausführungen zum KZ Ahrensböck mit 1 1/2 Seiten oder die knappe Seite zur Gedenkstätte Lichtenburg die Ausnahme; häufig erfährt die Leserschaft gar nichts über dieses Thema oder muss sich mit resümierenden kurzen Zeilen über das Gedenken in der Nachkriegszeit begnügen (typisch etwa beim Aufsatz über das KZ Oberer Kuhberg bei Ulm).

Doch deuten die Ausführungen von Harald Jenner zum KZ Kühlen – dessen einzige Baracke nach intensiven Diskussionen nach 1994 abgerissen und durch eine Gedenkstätte ersetzt wurde – an, welche sehr unterschiedlichen Positionen es hier jeweils geben kann (II, S. 126f.).

Der Rezensent kann nicht für alle beschriebenen Lager beurteilen, ob die Aufsätze auf dem aktuellen Stand der Forschung sind. Die jeweiligen Abschnitte zu den sechs Lager in Hamburg und Schleswig-Holstein spiegeln meines Erachtens – unabhängig davon, dass sie zum Teil schon vor längerer Zeit in ähnlicher Form publiziert wurden – den bisherigen, wenn nicht sogar den zu erwartenden endgültigen Stand der Forschung wider. Die Qualität ist unterschiedlich (so erfährt bspw. die Leserschaft im Aufsatz von Stokes zu den Eutiner Lagern erst auf der achten Seite, wann das erste dortige Lager installiert wurde), im Großen und Ganzen aber sind die Aufsätze trotz mancher Schwächen lesenswert.

Ob sich die von den HerausgeberInnen formulierten Ansprüche an diese Reihe zur Geschichte der Konzentrationslager tatsächlich dort auch widerspiegeln werden, wird sich erst in Zukunft erweisen. Derzeit kann noch nicht gesagt werden, ob es sich einfach nur um ein Nachschlagewerk handeln wird, in dem lediglich jedes Lager im deut-

schen Herrschaftsbereich einmal beschrieben wird. Der Rezensent wünscht sich für die Folgebände mehr Mut zu klareren konzeptionellen Vorgaben an die AutorInnen und ist gespannt, ob in Zukunft auch Bände folgen, die dem Anspruch gerecht werden, auch für die politische Bildung nutzbar zu sein.

Frank Omland

„Eine Geschichte von Verlusten“

Die Bedingungen jüdischer Existenz unter der nationalsozialistischen Verfolgung aufzuzeichnen und damit dem Vergessen zu entreißen, ist von den Überlebenden als Verpflichtung und Aufgabe verstanden worden. Die so entstandene autobiografische Literatur ist indes notwendig geprägt durch das Wissen um den millionenfachen Mord am europäischen Judentum, ein Wissen, das – bewusst oder unbewusst – auch die Erinnerungen strukturiert.

Vor diesem Hintergrund gewinnen zeitnahe Selbstzeugnisse besondere Bedeutung, wie sie einer Untersuchung von Oliver Doetzer zugrunde liegen, die 2002 unter dem Titel *„Aus Menschen werden Briefe“*. Die Korrespondenz einer jüdischen Familie zwischen Verfolgung und Emigration 1933–1947 im Böhlau Verlag erschienen ist.

Anders als der Titel es suggeriert, handelt es sich bei dem Band nicht um eine Edition, sondern viel-



Oliver Doetzer, *„Aus Menschen werden Briefe“*. Die Korrespondenz einer jüdischen Familie zwischen Verfolgung und Emigration 1933–1947. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2002. 277 S. (= Selbstzeugnisse der Neuzeit, 11).

mehr um den Versuch, auf der Basis von Briefen und anderen persönlichen Dokumenten sowie von

Devisen-, Rückerstattungs- und Entschädigungsakten dem Schicksal dreier eng miteinander verwandter Familien – der Familien Rosenberg, Eichenberg und Eisenstein – im nationalsozialistischen Deutschland und in der Emigration nachzugehen. Im Zentrum der mikrohistorischen Studie stehen 470 Briefe, zehn Brieffragmente und 79 Postkarten, die in den Jahren 1933 bis 1947 geschrieben und zwischen Frankfurt/Main, den USA, Großbritannien und Palästina hin- und hergeschickt wurden.

Stellt allein schon die große Zahl der überlieferten Briefe eine Seltenheit dar, so gilt dies mehr noch für die Tatsache, dass der Bestand nicht nur Briefe aus, sondern auch solche nach Deutschland umfasst, der dialogische Charakter der Kommunikation somit nicht erst aus Andeutungen rekonstruiert werden muss, sondern erhalten geblieben ist.

Die Briefe aus Frankfurt stammen vornehmlich von dem 1934 zwangsweise pensionierten Bankdirektor Georg Rosenberg und seiner Frau Rosa, außerdem von deren verwitweter Schwester Else Eisenstein, die mit zwei kleinen Töchtern bei Rosenbergs wohnte. Die Briefe aus Palästina kamen von der 1933 emigrierten Margarete Eichenberg, ebenfalls einer Schwester von Rosa Rosenberg. Die Briefe aus den USA und aus England schrieben die vier Kinder des Ehepaars Rosenberg, von denen Hermann und Kurt – die

beiden ältesten – 1936 bzw. 1938 ausgewandert waren, während die Zwillinge Gerd und Ursula erst im Juli 1939 mit einem Kindertransport nach Großbritannien in Sicherheit gebracht werden konnten.

Oliver Doetzer folgt in seiner Arbeit im Wesentlichen der Chronologie der Ereignisse. Leitende Themen sind die Einwirkungen des Nationalsozialismus auf Leben und Selbstverständnis dieser assimilierten Familien des deutschjüdischen Bürgertums sowie die unterschiedliche Wahrnehmung der Bedrohung durch die verschiedenen Familienmitglieder und die daraus resultierenden Unterschiede in der Einstellung zur Auswanderung. Doetzer untersucht, wie Entschlüsse und praktische Schritte zu einer Auswanderung zustande kamen und diskutiert wurden, und er fragt nach den Bedingungen, unter denen „ein Familienzusammenhang durch das Schreiben der Briefe immer wieder neu hergestellt werden konnte“ (S. 9).

Besonders eindringlich sind die dem Novemberpogrom und der Zeit danach gewidmeten Kapitel. Als am 10. November 1938 25 Personen in die Frankfurter Wohnung von Rosenbergs einzudringen versuchten, verständigte die Familie das „Überfallkommando“ der Polizei, das tatsächlich kam und die Verwüstung unterband, jedoch gleichzeitig Georg Rosenberg festnahm. Auf Grund seines Alters gehörte er zwar zu denjenigen, die am

12. November wieder entlassen wurden, aber er war danach ein gebrochener Mensch, der kaum mehr das Haus verließ, über seine Erlebnisse während der Haft schwieg und auch in der brieflichen Kommunikation – deren Hauptträger er bislang gewesen war – in den folgenden Monaten fast völlig verstummte.

Wie in vielen Familien war es jetzt die Ehefrau, die die Initiative zu einer beschleunigten Auswanderung ergriff und in zahlreichen Briefen sowohl an die nächsten Angehörigen als auch an entfernte Verwandte im Ausland um Hilfe bat. Nach ihrem plötzlichen Tod – Rosa Rosenberg starb am 10. März 1939 44-jährig an einer Embolie –, musste sich Georg Rosenberg in die ihm bislang fremde Materie der Auswanderung einarbeiten, wobei ihm insbesondere sein bereits in den USA lebender Sohn Kurt durch emotionalen Beistand und konkrete Handlungsanweisungen Halt und Unterstützung gab.

Die Zwillinge Gerd und Ursula Rosenberg konnten noch nach England gebracht werden. Seinem Va-

ter und seiner Tante sowie deren zwei Kindern die Flucht ins rettende Ausland zu ermöglichen, gelang Kurt Rosenberg nicht. Georg Rosenberg wurde am 19. Oktober 1941 in das Ghetto Lodz deportiert. Else, Ruth und Inge Eisenstein wurden am 24. September 1942 nach Estland deportiert. Niemand von ihnen überlebte den Holocaust.

„Die Geschichte der Briefschreibenden ist in starkem Maße eine Geschichte von Verlusten. [...] Der Erfahrung dieser Verluste gilt es nachzugehen“, heißt es in der Einleitung. Dies ist Oliver Doetzer über weite Strecken seines auf einer Magisterarbeit basierenden Buches überzeugend gelungen. Nur in den ersten Kapiteln leidet die Lesbarkeit unter einem bisweilen etwas angestregten Bemühen, auch wirklich alle Ansätze und Begriffsbildungen der neueren Forschung in Text oder Fußnoten unterzubringen. Damit sind allerdings Mängel angesprochen, die in Qualifikationsarbeiten häufiger zu finden sind. Der grundsätzliche Wert der Untersuchung wird dadurch nicht in Frage gestellt. **Bettina Goldberg**

Ganz normale Fotos?

Gerhard Paul hat in den „Quellen und Studien zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins“ den dritten Band vorgelegt. Für *Matrosenanzug – Davidstern. Bilder jüdischen Lebens aus*

der Provinz zeichnen Bettina Goldberg und er als Autor/in verantwortlich, wobei sich erst bei genauerem Hinsehen der jeweilige Anteil an dem Buch erschließt, da auf die Nennung in den einzelnen

Abschnitten verzichtet worden ist.

Das Grundprinzip der Gestaltung der 373 Seiten folgt dabei einem wiederkehrenden Schema: auf fünf bis sechs einleitenden Textseiten, die einem der acht Hauptabschnitte vorangestellt sind, folgen zumeist mit privaten Fotos (und seltener: Dokumenten) illustrierte Seiten sowie – schwarz unterlegt – ein oder zwei bebilderte Familienbiografien. Dabei behandeln die Autorin und der Autor den Zeitraum vom Kaiserreich bis zur frühen Nachkriegszeit, wobei der Textteil mit der Remigration nach 1945 endet, während im achten und letzten Abschnitt „... und heute“ lediglich Fotos von Überlebenden (vgl. S. 100) und deren Angehörigen gezeigt werden. Einen Ausblick auf das heutige, von russischsprachiger Zuwanderung geprägten jüdischen Gemeindelebens erhält die Leserschaft nicht. Am Ende des Bandes findet sich ein Anhang mit einem detaillierten Fotonachweis, einem nach Orten gegliederten Auswahl-literaturverzeichnis sowie einem Orts- und Personenregister.

Nach *Menora und Hakenkreuz* (Neumünster 1998) wirkt *Matrosenanzug* wie der Fotoband zu diesem Buch, oder genauer: wie ein Katalog für eine bis heute fehlende Dauerausstellung zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung des Landes.

Aufgrund der großen Zahl von Abbildungen und Fotos kommt der quellenkritischen Einordnung von Fotos als Quelle eine hohe Bedeu-



Gerhard Paul/Bettina Goldberg, *Matrosenanzug und Davidstern. Bilder jüdischen Lebens aus der Provinz*. Neumünster: Wachholtz-Verlag 2002. 373 S., über 600 Fotos und Dokumente (= Quellen und Studien zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins, Band 3).

tung zu, denn ohne eine solche bleiben die Fotos bloße, fast instrumentalistische Illustration eines Textteils. Dementsprechend gewinnt der Band immer dann, wenn er sich auf quellenkritische Reflexionen und Bewertungen des Gezeigten einlässt: Beispielsweise wenn darauf abgehoben wird, dass aufgrund der hohen Kosten nur bestimmte Ereignisse als fotografierenswert angesehen und damit der Alltag nicht ins Bild gesetzt wurde (S. 46); wenn sich der Alltag im Nationalsozialismus „komplexer und wider-

sprüchlicher darstellt als in den Interpretationen der Nachgeborenen“ (so eine Bemerkung Pauls über ein Foto vom „Tag der nationalen Arbeit“ im Mai 1934, wo ein mitmarschierender jüdischer „Gefolgschaftsführer“ neben einen Betriebszellenobmann zu sehen ist, S. 155, S. 163); wenn bisherige Leerstellen in der Fotoüberlieferung benannt werden (S. 250 bzgl. der Deportationen) und wenn auf überlieferte Fotos zu den Massenerschießungen im Stadtwald Rigas bewusst verzichtet wird (ebd.).

Auch die Selbstinszenierungen einer vermeintlich erfolgreichen Auswanderung und des Exils und die Ausblendung des Fremdseins in der neuen Heimat in der Fotoüberlieferung werden thematisiert (S. 272); ebenso, dass das Fotografieren nach dem Holocaust auch die Funktion einer Selbstvergewisserung hatte, diesen überlebt zu haben (S. 322) und dass das Fehlen von Nichtjuden als Zeichen für die jüdische Abschottung in den frühen Nachkriegsjahren gelesen werden kann (ebd.).

Bitterkeit über den Umgang mit der Geschichte klingt zwischendurch bei Gerhard Paul an, wenn er bzgl. des heutigen Umgangs mit der jüdischen Bevölkerung schreibt: „Es scheint als interessiere man sich in Deutschland weniger für die Geschichte der Überlebenden als für die der Toten.“ (S. 322).

Da Bettina Goldberg ihre Habilitationsschrift zum Thema noch

nicht abgeschlossen hat, fragt man sich, wozu dieser Band veröffentlicht wurde – weil die Veröffentlichung dieses Fundus an sich einen Wert hat, oder schlichtweg weil eben diese Arbeit noch auf sich warten lässt? Auf Nachfrage des Rezensenten ergab sich ein anderes Bild: In Schleswig-Holstein besteht leider nach wie vor eher ein Desinteresse an dem sehr großen Fotobestand des Forschungsprojekts, so dass eine Veröffentlichung nötig wurde.

Leider zeigt sich hierin wieder der entscheidende Unterschied zu anderen Regionen. Zugespielt gesagt: In Hamburg wäre das ganze schon museal in einer Dauerausstellung untergebracht – in Schleswig-Holstein bezeichnenderweise nicht.

Der Erkenntnisgewinn des Buches besteht unter anderem darin, dass ohne den Holocaust fast alle der Fotos ganz normale Familienfotos gewesen wären, die allenfalls einzelbiografisches bzw. alltagsgeschichtliches Interesse hätten wecken können. Vor dem Hintergrund des Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden hingegen ergeben sich andere Blickwinkel: Auch die Verfolgten versuchten, „normal“ weiterzuleben, und in den Fotos spiegelt sich höchstens in der nachmaligen Betrachtung und Interpretation die Ausgrenzung und Desintegration wider. Die scheinbare und tatsächliche familiäre Normalität der Minderheit als Schutzrahmen in einer verfolgen-

den Mehrheitsgesellschaft zeigt auf, dass es „Nischen des richtigen Lebens in der braunen Barbarei“ gab (S. 272).

Matrosenanzug – Davidstern belegt aber auch, welche Quellenfunde möglich sind, wenn professionelle HistorikerInnen auf die Suche gehen. Oder anders ausgedrückt: Wo wären wir in Schleswig-Hol-

stein, wenn Gerhard Paul und insbesondere Bettina Goldberg sich nicht auf die systematische Recherche begeben hätten?

Es bleibt zu hoffen, dass der Band irgendwann zum Katalog einer tatsächlichen Dauerausstellung des jüdischen Lebens in der Provinz werden wird.

Frank Omland

Vergessene Opfer

Die zu besprechende Monografie stellt die auf höchstem Niveau verfasste und bereits 1996 am Historischen Seminar der Universität Kiel eingereichte Staatsexamensarbeit des Autors dar, die für diese Veröffentlichung um Forschungsergebnisse zu den Protagonisten des nationalsozialistischen Sterilisierungsprogramms auf regionaler Ebene ergänzt wurde. Es werden alle Aspekte der Thematik „Zwangsterilisation“ einschließlich ihrer historischen Voraussetzungen als auch die Frage von Wiedergutmachungen im Nachkriegsdeutschland untersucht – insbesondere hinsichtlich Letzterem wird bereits im Vorwort und in der Einleitung ein über das Historische hinausgreifender aktualpolitischer Blick des Autors deutlich.

Steril und rasserein ist ein regionalgeschichtliches Novum in der Historiografie des Nationalsozialismus, weil hier erstmalig für die Opfergruppe der Zwangsterilisierten die Totalerhebung für einen



Björn Marnau, *Steril und rasserein. Zwangsterilisation als Teil der nationalsozialistischen Rassenpolitik 1934 bis 1945. Der Kreis Steinburg als Beispiel.* Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 2003. 166 S.

Gesundheitsamtsbezirk gelingt – der Anspruch des Verfassers einer „Gesamtdarstellung der Durchfüh-

rung des Zwangssterilisierungsprogrammes auf Kreisebene“ wird, gemäß der gegebenen Forschungs- und Quellenlage, eingelöst.

Einem kurzen Übersichtskapitel zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GZVEN) und seiner ideologischen Grundlage, der Rassenhygiene, folgt ein Abschnitt über die NS-Agitation für die Maßnahmen der negativen Eugenik, in dem – erstmals für Schleswig-Holstein – die Propaganda für eine erb- und rassenhygienische Bevölkerungspolitik nationalsozialistischer Diktion in den Medien Film, Theater, Rundfunk und Lokalpresse mit dem Fokus auf den Kreis Steinburg dargestellt wird. Untersuchungen zur Rezeption derartiger Propaganda in der Bevölkerung bleiben allerdings ein Desiderat weiterer Forschung.

Die folgenden zwei Kapitel beschreiben ausführlich das Sterilisationsverfahren unter Beteiligung niedergelassener Ärzte, der Anstaltsärzte, des Gesundheitsamtes in Itzehoe, der Hilfsschule Itzehoe und der für den Kreis Steinburg zuständigen „Erbgesundheitsgerichte“ in Altona und – ab 1937 – in Itzehoe. Die methodisch fundierte Analyse der sozialen Herkunft der durch eine Anzeige denunzierten Sterilisanden in Itzehoe zeigt, dass der Großteil der Opfer aus Stadtteilen der proletarischen und subproletarischen Unterschichten und den Armenvierteln der Kreisstadt stammte. Dies bestätigt und ergänzt

damit andere regionale Studien zum Thema.

Hingegen konstatiert Marnau im überregionalen Vergleich, dass das Itzehoer Gesundheitsamt im Gegensatz zu anderen untersuchten Behörden die Unfruchtbarmachung sehr vieler junger Menschen beantragte und zieht daraus den Schluss, „daß die Holsteiner mit einer frühzeitigen Sterilisation das Risiko staatspolitisch unerwünschten Nachwuchses so gering wie möglich halten wollten.“ Um dies für ganz Schleswig-Holstein zu verifizieren und damit die Hypothese bestätigt zu finden, dass sich der nördliche „Mustergau“ auch in der „Auslese“ und „Ausmerzungen“ der „Minderwertigen“ besonders hervortat, müssten freilich sämtliche schleswig-holsteinischen Gesundheitsämter unter diesen Aspekten untersucht werden.

Auch hinsichtlich der Sterilisationsanträge kommt die Studie erwartungsgemäß zu dem Ergebnis, dass vorwiegend die unteren sozialen Schichten des Kreises Steinburg, wie etwa Erwerbslose, Arbeiter und Hausangestellte, betroffen waren. Der Autor zieht hierfür – methodisch korrekt – Statistiken zur Berufstätigkeit der Betroffenen heran. Am Beispiel der Hilfsschule Itzehoe wird die Beteiligung einer pädagogischen Institution am primär medizinisch und juristisch dominierten Sterilisationsverfahren gezeigt. Diese Beteiligung bestand in der Erstattung von Gutachten

über Hilfsschüler von Lehrern gegenüber dem anfordernden „Erbgesundheitsgericht“ bzw. dem Itzehoer Gesundheitsamt; es gibt aber keine Hinweise darauf, dass die Hilfsschule Sterilisationsanzeigen gegen ihre Schüler erstattet hätte.

Die „Erbgesundheitsgerichte“ Altona und Itzehoe erließen von 1934 bis Kriegsende insgesamt 756 Sterilisationsbeschlüsse gegen Einwohner des Kreises Steinburg – tatsächlich wurden dann 612 Menschen unfruchtbar gemacht. Dabei kann die Beschlusspraxis dieser erstinstanzlichen Sterilisationsgerichte als eine „Massenabfertigung“ bezeichnet werden; für die standardisierten Verfahren, in denen die Kranken- und Familiengeschichten der Sterilisanden nur eine sehr marginale Rolle spielten, standen jeweils, wie Marnau ermittelte, nur 15 bis 30 Minuten zur Verfügung. Dennoch war die Diagnose, die nach dem GZVEN zur Unfruchtbarmachung führen sollte, ein entscheidendes, differenzierendes Merkmal für das von Marnau untersuchte Verhältnis zwischen den vom „Erbgesundheitsgericht“ abgelehnten Sterilisationsanträgen und den gerichtlich angeordneten Operationen. Eine wesentlich größere Bedeutung als für die Erstinstanz allerdings hatten die Diagnosen als Differenzierungskriterium zwischen „Freispruch“ und chirurgischer Verstümmelung in den Verfahren vor der einzigen Berufungsinstanz für Schleswig-Holstein, dem „Erb-

gesundheitsobergericht“ in Kiel, wie die vorzügliche Analyse des Autors hierzu zeigt.

Sowohl für die „Erbgesundheitsgerichte“ als auch für die Beschwerdeinstanz in Kiel war die Beschluss- und damit auch die folgende Sterilisierungspraxis für psychiatrische und neurologische Erkrankungen – wie etwa der Schizophrenie oder der Epilepsie – generell zurückhaltender als die für diejenigen Diagnosen, die in besonderem Maße auch soziale Deviationen der Betroffenen unterstellten. So sind im Kreis Steinburg 77 Prozent aller Sterilisierungsoffer mit den Diagnosen „angeborener Schwachsinn“ und „schwerer Alkoholismus“ stigmatisiert gewesen – ein Befund, der sich mit Untersuchungsergebnissen für das übrige Schleswig-Holstein als auch mit überregionalen Forschungsergebnissen deckt.

Belegt an Einzelfällen aus dem Kreis Steinburg geht der Autor der Frage der physischen, psychischen, sozialen und rechtlichen Folgen der Sterilisation für die Opfer und deren Angehörige nach. Diese reichen vom Ausschluss von jeglichen staatlichen Unterstützungsleistungen über Eheverbote bis hin zu chronifizierten körperlichen Leiden und Suiziden.

Trotz derartig gravierender Folgen gab es in der untersuchten Region keinen nennenswerten Widerstand gegen die nationalsozialistische Sterilisierungspolitik, wie Mar-

nau feststellt; vereinzelt finden sich sogar Hinweise auf das Einverständnis der Betroffenen mit der Sterilisation. Ebenso vereinzelt ist widerständisches Verhalten der durch die Unfruchtbarmachung Bedrohten oder deren Angehörige dokumentiert. Solche „Akte nicht angepassten Verhaltens“ sind etwa das Fernbleiben vom Verhandlungstermin oder der Operation, Flucht oder auch tätliche Angriffe gegen Ärzte und Polizeibeamte. Zeitigte solcher „Widerstand“ zwar keinen unmittelbaren Erfolg wie die Verhinderung der Sterilisation, so führte er in seiner reichsweiten Summation doch dazu, „die Sterilisationspolitik um 1937 in eine Krise zu führen.“

Die lokalen Akteure des Sterilisierungsprogrammes unterzieht der Autor im Folgenden einer eingehenden Betrachtung hinsichtlich ihrer Loyalität zum NS-Regime. Er stellt fest, dass der dafür als Parameter gewählte Organisationsgrad der an den Sterilisationen entweder administrativ oder operativ beteiligten Ärzte außerordentlich hoch war. So wurde etwa der von 1937 bis 1944 durchgehend amtierende und nicht beamtete ärztliche Beisitzer am Itzehoer „Erbgesundheitsgericht“, Dr. Ernst Königsdorf, schon vor der „Machtergreifung“ Mitglied der NSDAP und weiterer NS-Organisationen und nahm auf Orts- und Kreisebene zahlreiche gesundheitspolitische Ämter wahr. Auch seine drei Stellvertreter am

Sterilisationsgericht – ansonsten niedergelassene Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen in Itzehoe – bekleideten hohe Ränge und Funktionen in Partei, SA und SS.

Marnau zufolge waren darüber hinaus mindestens zwei Drittel aller 18 Itzehoer Ärzte an der Realisierung der Unfruchtbarmachungen ihrer eigenen Patienten und Patientinnen beteiligt – als anzeigende Denunzianten, als Richter über Fortpflanzungswürdigkeit oder „Minderwertigkeit“ oder als Vollstrecker im Operationssaal.

Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs beschreibt Björn Marnau außerordentlich detailliert die Beziehungen zwischen den Zwangssterilisationen und den nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morden. Nachdem im August 1939 per Erlass des Reichsinnenministeriums das Sterilisierungsprogramm auf die Fälle von „besonders großer Fortpflanzungsgefahr“ eingeschränkt wurde, sank auch im Kreis Steinburg die Zahl der Sterilisationen im Vergleich zur Vorkriegszeit deutlich. Lediglich ein Fünftel aller Eingriffe wurde in den Jahren des Krieges durchgeführt. Die aus erbbiologischer Sicht der Eugeniker bestehende Notwendigkeit zur Unfruchtbarmachung psychisch Kranker trat nunmehr u. a. deshalb in den Hintergrund, weil auf der Grundlage des hinlänglich bekannten „Gnadentoderlasses“ Hitlers vom 1. September 1939 eben diese Patienten fortan Opfer sowohl

staatlich organisierter Mordprogramme als auch von in Eigenregie der Heil- und Pflegeanstalten durchgeführten Tötungen wurden.

Für den Kreis Steinburg dokumentiert der Verfasser auf der Grundlage umfangreicher Quellenrecherchen die Überschneidungen der Opfergruppen der Sterilisierten einerseits und der „Euthanasierten“ andererseits. Demzufolge muss eine der gängigen Thesen bisheriger Sterilisationsforschung – dass Psychiatriepatienten mit vergleichsweise guter Prognose lediglich unfruchtbar gemacht und solche mit einer ungünstigen Prognose ermordet wurden – zumindest auf Regional Ebene korrigiert werden. So galten deutlich mehr als die Hälfte der Steinburger, die zunächst sterilisiert und später, noch in den letzten Monaten des Regimes, in der brandenburgischen Anstalt Meseritz-Obrawalde getötet worden sind, als „arbeitsfähig“ – eines der wesentlichen Kriterien für eine günstige Sozialprognose und die Verwendbarkeit für das „Dritte Reich“.

Diejenigen Opfer des NS-Rassismus, die im Nachkriegsdeutschland auf Wiedergutmachung und Entschädigungen hofften, erlitten stattdessen weitere Demütigungen und Enttäuschungen: „Von den bekannt gewordenen Wiedergutmachungsverfahren Steinburger Sterilisationsopfer führte kein einziges zu einer Anerkennung der geltend gemachten Ansprüche.“ Demgegenüber ist keiner der Ärzte und

Juristen, die mittelbar oder unmittelbar an den Planungen, Vorbereitungen oder Durchführungen von Zwangssterilisationen beteiligt waren, jemals straf- oder zivilrechtlich belangt worden.

Trotz ihrer Überzeugungstäterschaft – bekundet durch zahlreiche und dank dieser Studie offenkundige Aktivitäten im Sinne des nationalsozialistischen Staates – sind die dargestellten Protagonisten des Sterilisationsprogramms in ihren Entnazifizierungsverfahren entweder in die Kategorie IV als „Mitläufer“ oder gar in die Kategorie V als „entlastet“ eingestuft worden.

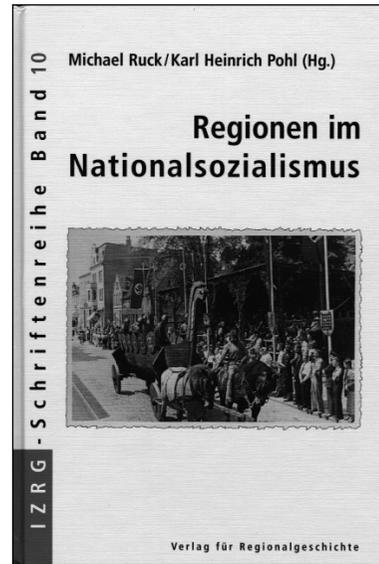
Aber nicht nur die Justiz, auch die Politik der Bundesrepublik arbeitete gegen die Opfer und für die Täter. Das Gesetz, demzufolge mindestens 350.000 Menschen durch ärztliche „Kunst“ verstümmelt und an Körper und Seele tiefgreifend traumatisiert wurden, ist erst im Jahre 1974 abgeschafft worden – seine Nichtigkeitserklärung steht jedoch bis heute aus! Ebenfalls bis heute gilt das GZVEN nicht als ein nationalsozialistisches Unrechtsgesetz; demzufolge gelten die Zwangssterilisierten auch nicht als Verfolgte des NS-Terrorregimes. Angesichts dessen, was diesen Menschen angetan wurde, wie Björn Marnau eindrücklich und zugleich geprägt von großem Respekt vor ihnen zeigt, sind derartige Bewertungen beschämend und vollkommen inakzeptabel!

Eckhard Heesch

Erkenntnisse aus Provinzen

Mit diesem Band legen die Herausgeber im Auftrag des Schleswiger Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Konferenz vom November 2002 vor, die aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Instituts veranstaltet worden war. Eingeladen waren Wissenschaftler, die sich thematisch mehr oder weniger dicht am Forschungsprofil des Instituts in Schleswig-Holstein selbst oder anderen „Regionen“ bewegen.

Der Herausgeber Karl Heinrich Pohl resümierte in seinem Eröffnungsbeitrag *Die gesellschaftliche Bedeutung der regionalen Zeitgeschichte heute. Überlegungen zum zehnjährigen Jubiläum des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte* (S. 26–41) den regionalgeschichtlichen Ansatz bei der Erforschung des Nationalsozialismus und warnte vor der Indienstnahme für Regional-, Landes- oder Staatssolidarität. Das scheint mir nun in Anbetracht der negativen Konnotationen mit dem NS und seiner Aufarbeitung die geringste Sorge zu sein, denn die Forschung auf diesem Gebiet muss ja oft genug gegen die Wünsche der Bevölkerungsmehrheit ihre Projekte vorantreiben und wird politisch nach wie vor verunglimpft. Der aufklärerische Impuls der NS-Forschung verbietet zusammen mit den Ressentiments der Bevölkerung eigentlich



Michael Ruck/Karl Heinrich Pohl (Hg.), *Regionen im Nationalsozialismus*. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2003. 268 S. (= IZRG-Schriftenreihe, Band 10).

eine „heimattümelnde“ Vereinnahmung.

Mit *Theoretisch-methodischen Chancen und Problemen regionalgeschichtlicher Forschung zur NS-Zeit* befasst sich Claus-Christian W. Szejnman (S. 43–57). Er hebt ab auf die nach wie vor virulente Fragestellung: „Inwieweit und mit welchem Effekt variierte die Einstellung zum und das Verständnis vom Nationalsozialismus – aber auch die Entwicklung und der Stil der Nationalsozialisten – von einer Region zur anderen?“ (S. 54). Mit der

Beantwortung dieser Frage kann sicher ein Generalbild für Deutschland nicht gezeichnet werden, weil die Regionen doch oft eine eigene Qualität besaßen; das Mosaik gelte es nach wie vor zu entwerfen.

Michael Kißener beschreibt anhand eines Projektes zur sozialgeschichtlichen Aufarbeitung der baden-württembergischen Richterschaft zwischen 1919 und 1952 *Chancen und Probleme regionalgeschichtlicher Forschungen zur NS-Zeit in forschungspraktischer Perspektive* (S. 58–65).

Theoretisch hochstehend – und damit ein wenig den Rahmen des Bandes sprengend – ist Thomas Etzemüllers Beitrag *Die Form ‚Biographie‘ als Modus der Geschichtsschreibung. Überlegungen zum Thema Biographie und Nationalsozialismus* (S. 71–90), die er bewusst als „erste Überlegungen“ gewertet wissen will. Seine Ausführungen zielen generell auf eine Dekonstruktion herkömmlicher Biografiearbeit, die er als extrem zeitgebunden einstuft. Er fragt nach dem „Individuum“ und seiner Entstehung (wobei ihm doch deutlich seine Herkunft als Zeithistoriker anzumerken ist, dem Zugänge zu älteren Zeiten ein wenig fremd sind) und nach den von neueren Theoretikern (Foucault/Bourdieu/Fleck) angebotenen Lösungen des Problems der historischen Beschreibung (u.a. von Individuen), um dann für das Verfahren drei Untersuchungsebenen vorzuschlagen: „1. Wollen: Intentionen, denen

man Schuld zuordnen kann. 2. Nichtsehen-Wollen: Handlungen die von den Handelnden mit Hilfe ausgeklügelter Mechanismen verdrängt wurden [...] 3. Nichtsehen-Können: Praktiken [...], die die Beteiligten tatsächlich nicht sehen konnten [...]“ (S. 89f.). Die letzte Ebene hält Etzemüller für die wichtigste: „Denn hier kann man beobachten, wie von Betroffenen Handlungen in ein kognitives System eingefügt werden, so dass diese Handlungen legitim erscheinen, während die Effekte abgespalten und über eine intentional operierende Argumentation auf dezidierte Nationalsozialisten abgeschoben werden.“ (S. 90).

Von einem solchen Ansatz ist der eher praktisch arbeitende Biografiker Uwe Danker ziemlich weit entfernt. Mit *Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lobse. Überlegungen zu seiner Biografie* (S. 91–120) präsentiert er ein weiteres Teilstück zu seinem schon lange angekündigten Werk, fragt nach der Relevanz des Themas und zeigt, in welcher Tiefe sich die Irrungen und Wirrungen eines Kleinbürgers nachvollziehen lassen. Dass Uwe Danker durchaus auch Respekt vor dem Aufsteiger hat, wird verschiedentlich deutlich.

Ganz ähnlich geht es Nils Köhler mit *Otto Telschow – Hitlers Gauleiter in Ostbannover* (S. 121–146). Telschow stieg ebenfalls aus kleinen Verhältnissen zum „Provinzfürsten“ – als der er sich auch stilisierte

– auf und nutzte seine Position zu persönlicher Macht- und Vermögensakkumulation. Im Gegensatz zu Lohse machte er seinem Leben bei Ergreifung durch die Engländer ein Ende.

Die „Möglichkeiten eines sammelbiografischen Ansatzes“ sondiert Sebastian Lehmann in seinem Beitrag *Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein* (S. 147–156), über dem ja ein wenig der Schatten des tragischen Endes Detlef Kortés liegt, der an genau diesem Projekt arbeitete, jedoch keine Resultate mehr vorlegen konnte. Auf die Ergebnisse der Untersuchung darf man gespannt sein.

Sie werden sich unter anderem an der von Werner Stelbrink durchgeführten Untersuchung zu Westfalen zu messen haben, über die dieser unter dem Titel *Die Kreisleiter der NSDAP in den beiden westfälischen Parteigauen*“ (S. 157–187) berichtete. Stelbrink macht deutlich, dass es sich bei den Kreisleitern durchaus nicht um „gescheiterte Existenzen“ handelte, sondern zumeist um anerkannte Männer, die zum größten Teil nach dem Krieg – wengleich ohne weitere politische Betätigung – in ihren Heimatregionen verblieben und reintegriert wurden.

Beate Meyer beschreibt mit *Hans Weinert, (Rasse)Anthropologe an der Universität Kiel von 1935 bis 1955* (S. 193–203) einen mediokren Fachwissenschaftler, dem es gelang, stets „oben“ zu bleiben, obwohl er

sich eindeutig in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt hatte.

Kontinuierlicher Wandel. Architekten in Schleswig-Holstein zwischen 1925 und 1955 überschreibt Ulrich Höhns seinen Beitrag (S. 204–218), in dem er fünf Beispielfälle dokumentiert, von denen er durchweg sagen kann, dass diese Architekten „in den 1920er und frühen 1930er Jahren wichtige und durchaus gegen den Zeitgeschmack gerichtete Beiträge zur Baukultur des Landes geliefert“ haben, dass ihnen daraus jedoch in der NS-Zeit keine Nachteile erwachsen: „Sie wurden als Angehörige eines technisch orientierten, unpolitischen Berufsstandes wahrgenommen, als Dienstleister, die jede Gesellschaft benötigt.“ (S. 218).

Die beiden abschließenden Beiträge beschäftigen sich mit Projekten aus anderen Regionen. Katrin Minner zeigt in *Zwischen Aufbruch und bürgerlicher Prägung. Ortsjubiläen in Sachsen-Anhalt und Westfalen im Nationalsozialismus* (S. 219–233), dass sich überkommene Formen von Jubiläumsveranstaltungen auch im NS hielten und kein radikaler Schnitt vorgenommen wurde; der Gestaltungsspielraum der Bevölkerung und die gemeinschaftsstiftende Wirkung der Feste standen im Vordergrund. Ein totalitärer Zugriff fand – anders als bei den Maifeiern – nicht statt. Allerdings wurden die Feste ganz im Sinne des NS-Geschichtsbildes von den Agierenden ausgeführt.

Ralph Trost schildert *Lokale Vereinskultur am Niederrhein vom Kaiserreich bis zur NS-Zeit – das Beispiel Xanten* (S. 234–260). Ihn interessieren Kontinuitäten, die beachtlich sind. Noch am schwersten instrumentalisieren ließen sich konfessionell geprägte Organisationen, die insbesondere im Kirchenkampf 1934–1937 eine anti-nationalsozialistische Haltung zeigten. Ansonsten wurden ehemalige Nationalsozialisten nach 1945 schnell wieder in die Vereine integriert.

Ob es der zusammenfassenden Kommentare von Dirk Stegmann (S. 66–69), Frank Bajohr (S. 188–192) und Karl Ditt (S. 260–264) bedurfte, wage ich zu bezweifeln, zumal sie nicht viel mehr als die Kurzzusammenfassungen der Beiträge enthalten, ohne weitere Perspektiven anzudeuten.

Der recht gut redigierte und ansprechend gestaltete Band der IZRG-Schriftenreihe kann für den Vergleich der Regionen des Deutschen Reiches vor, während und nach dem Nationalsozialismus neue Impulse geben. Es bedürfte allerdings einer flächendeckenden Zusammenfassung der Resultate von regionalhistorischen Forschungen, um ein differenziertes Bild der Wirksamkeit und Akzeptanz des NS zu erhalten.

Dass dies eine fortwährende Aufgabe ist, die angesichts neuer historischer Fragestellungen nicht zu einem Abschluss kommen kann, wird auch an diesem Band deutlich. Auch für die schleswig-holsteinische Forschung gibt er einige neue Anregungen, die zu verfolgen sein werden.

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt